Meine Damen und Herren, vielen Dank. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass Sie heute, verteilt von unserem Kulturreferenten Dr. Christian Buchmann, auf Ihren Plätzen erstmalig einen Kunst- und Kulturbericht der Stadt Graz für das Jahr 2003 vorfinden. Es ist ein Bericht, der von den Kulturschaffenden dieser Stadt schon länger erwünscht war, gratuliere dazu und wir werden jetzt auch jedes Jahr einen Leistungsbericht der Kultur in der Kulturhauptstadt Graz auch weiterhin auf unseren Tisch bekommen. Es sorgt für mehr Transparenz und Klarheit im gesamten Bereich der Kultur. Danke vielmals (*Applaus ÖVP*).

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h

Bgm. Mag. **Nagl**: Da bitte ich Sie jetzt die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Es gibt folgende Änderungen: Der Tagesordnungspunkt 6) Amt für Wirtschafts- und Tourismusentwicklung, Cine-Styria-Förderung ist von der Tagesordnung abzusetzen. Der Tagesordnungspunkt 7) Grazer Parkraummanagement GmbH, Änderung des Finanzierungsvertrages ist abschließend durch den Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss vorzubereiten. Der Tagesordnungspunkt 8), Kulturamt, Spezialforschungsbereich elektronaktive Stoffe ist zu ergänzen in der Tagesordnung, hier haben wir das Erfordernis der erhöhten Mehrheit, anwesend 38, Zustimmung mindestens 29 Gemeinderatsmitglieder, ich bitte, das zu ergänzen beim Betreff. Der Tagesordnungspunkt 12) Förderung des Vereines Pasch in Höhe von 70.000,- Euro ist ebenfalls durch den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft vorzubereiten. Bei der öffentlichen Nachtragstagesordnung bitte ich Sie, beim Tagesordnungspunkt 6) auch zu vermerken, dass er nochmals im Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung vorzubereiten ist. Und bei der zweiten

Nachtragstagesordnung da ist der Tagesordnungspunkt 1) Novellierung der Dienst- und Gehaltsordnung durch den Stadtsenat, das werden wir vorne dann wieder machen, noch vorzubereiten. Der Tagesordnungspunkt 2), Projekt Werkstatt Graz ist durch den Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung noch vorzubereiten. Dann darf ich jetzt gleich bitten, dass wir die Ausschüsse in folgender Reihenfolge zusammentreten lassen: Zuerst den Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung, der möge bitte jetzt gleich zusammentreten im Stadtsenatssitzungssaal. Danach bitte ich den Wirtschaftsausschuss zusammenzutreten und dann den Finanzausschuss.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 9.45 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: Bgm. Mag. Nagl

1) A 1-1787/2003-4

Projekt Aufgabenkritik
„Personalpaket“ - Informationsbericht

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Der Gemeinderat, Sie haben mit Beginn des Gemeinderatsjahres 2004 beschlossen eine Aufgabenkritik, die von Seiten aller Ämter vorbereitet worden sind. Bis zum Sommer sind hier viele Vorschläge von Seiten unserer Ämter gekommen, wie man einsparen kann. Wir haben auch beschlossen, dass Personaleinsparungen, die die Abteilungen verkünden und bekannt geben, bei den Abteilungen als Einsparungsvorschläge akzeptiert und anerkannt werden. Das heißt, dass dem Personalreferenten, sprich mir, meiner Abteilung auch dann nichts anderes mehr anzurechnen war als Veränderungen, die wir beim Dienstrecht, beim Besoldungsrecht schaffen, das war eine große Vorgabe und eine große Herausforderung. Sie haben uns vorgegeben, dass wir bis zum Jahr 2007, sprich die nächsten drei Jahre, fast 23 Millionen Euro einsparen sollen im Bereich der Personalbewirtschaftung. Wir haben dann einige Sitzungen gehabt, möchte mich an dieser Stelle ganz, ganz herzlich beim Herrn

Vizebürgermeister, beim Kollegen Riedler und beim Kollegen Buchmann bedanken, die mich gemeinsam mit dem Personaldirektor Dr. Kalcher in den Verhandlungen begleitet haben. Dem Herrn Dr. Kalcher, dir möchte ich auch ein ganz, ganz herzliches Dankeschön sagen, er hat diese Liste, sie wurde auch genannt die Liste der Grausamkeiten, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erstellen gehabt, er hat darüber nachdenken müssen, wo wir denn de facto alles noch einsparen können, er hat diese 35 Punkte vorgelegt, einige dieser Punkte wurden von Seiten der Politik schon herausgenommen. Ich darf hier nochmals bekräftigen, dass wir keine Kürzungen haben, wenn es um die Ausbildung von Lehrlingen und jungen Menschen geht, wir haben auch keine Kürzung durchgeführt, wenn es um Integration von behinderten Menschen bei uns im Magistrat geht. Das wurde noch herausgenommen, das wäre auch eine Möglichkeit gewesen, aber der wollte niemand nachkommen. Die übrigen Punkte wurden dann in konstruktiven, durchaus nicht immer einfachen Gesprächen mit der Personalvertretung abgewickelt. An dieser Stelle möchte ich mich auch beim Herrn Dr. Techt, beim Herrn Demschner, bei der Frau Gross und beim Herrn Ing. Skoff ganz, ganz herzlich bedanken, die in diesen sechs Sitzungen, die wir insgesamt hatten, immer versucht haben, auf der einen Seite die Sorgen des Dienstgebers zu verstehen, auf der anderen Seite aber auch ganz klar und deutlich uns mitgeteilt haben, wie weit die Personalvertretung in den einzelnen Punkten auch wirklich gehen möchte (*allgemeiner Applaus*). Wir haben uns schließlich und endlich auf 16 Punkte geeinigt, einer der wesentlichsten Punkte ist sicherlich der Gehaltsabschluss für das Jahr 2005 für den öffentlichen Dienst, Sie wissen auf Bundesseite hat es eine Erhöhung von 2,3 % gegeben, der gilt de facto wie ein Kollektivvertrag für alle Bundesbeamten, alle Landesbeamten, aber auch für unsere städtischen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer. Diese 2,3 % Erhöhung wird es geben, die Personalvertretung hat allerdings zugestanden, dass wir bis zur Jahresmitte diese Erhöhung noch aussetzen, damit wird ein Beitrag von 1,6 Millionen unserer städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet, quasi als Konsolidierungsbeitrag für die Schwierigkeiten, die wir budgetär haben. Mit dem Gehaltsabschluss 2005 verbundene Erhöhungen der Dienstzulagen und Nebengebühren werden ausgesetzt, das gilt auch für 2006 und 2007 und darüber hinaus auch bis 2010, das heißt, eine Erhöhung, in dem Fall heuer von 2,3 % und auch in den Folgejahren wird es auf Dienstzulagen und Nebengebühren in der Stadt Graz nicht geben. Die Bestimmungen des Bundes beziehungsweise des Landes

betreffend Fortzahlung der Nebengebühren im Krankheitsfalle werden jetzt inhaltsgleich übernommen, wobei Dienstunfälle von einer Einschränkung weiterhin ausgenommen bleiben. Der Anfall und die Abgeltung von Überstunden für Gleitzeitberechtigte sowie für Bedienstete in Kindergärten und Horten wird analog der Bundesregelung insofern geändert, als in Zukunft Überstundenzuschläge erst dann anfallen, wenn innerhalb von drei Monaten die erbrachten Mehrleistungen nicht in Freizeit verbraucht werden können. Bestehende Überstundenpauschalen sind von dieser Regelung nicht betroffen, das heißt, wir haben eine Art Durchrechnungszeitraum, innerhalb von drei Monaten sind Überstunden aufzubreuchen. Die Belohnungsrichtlinien werden mit Ablauf 31.12.2004 außer Kraft gesetzt, auch in der heutigen Gemeinderatssitzung gibt es dazu ein Gemeinderatsstück. Der sechste Punkt sind die Zuschüsse zu Fahrtkosten im Rahmen des Verkehrsverbundes. Hier wird es in Zukunft nur mehr Karten geben, die nicht übertragbar sind. Siebentens, hinsichtlich des Gebührenurlaubes wird eine Aliquotierungsregelung bei Dienstantritt und Versetzung in den Ruhestand eingeführt. Achtens, die Bestimmungen über die vorzeitigen Auszahlungen der Jubiläumszuwendungen entfallen ersatzlos. Neuntens, die jährlichen Mittel für die Beschäftigung von FerialpraktikantInnen, VolontärInnen und PraktikantInnen werden um die Hälfte gekürzt. Zehntens, der Dienstbeschreibungszeitraum für Vertragsbedienstete wird von bisher sechs auf vier Jahre verkürzt, weil das durchaus auch viel bürokratische Arbeit darstellt. Elftens, die Prüfungsurlaubstage, die Sonderurlaubstage für silberne Hochzeiten und 25- beziehungsweise 40-jähriges Dienstjubiläum sowie Dienstfreigaben am Allerseelentag entfallen, sprich der Allerseelentag wird in Zukunft in der Stadt Graz auch gearbeitet werden, das sind pro Jahr 4.300 Arbeitstage mehr. Ebenso entfallen die Zusatzurlaube, die auf Grund einer besonderen Erschwernis oder Belastung gewährt werden für neu in die betroffenen Bereiche eintretende MitarbeiterInnen und solche, die am 1.1.2005 nicht in einem unbefristeten Dienstverhältnis stehen. Zwölftens, das Berufstrainingsprojekt der Caritas wird bis auf weiters ausgesetzt. 13) der Stadtsenatsbeschluss vom 9.10.1986 betreffend die Gebührenurlaubsanteile für nicht pauschalierte Nebengebühren wird aufgehoben. 14) Für Raumpflegerinnen, die nach dem 31.8. heurigen Jahres in den Dienst getreten sind, entfällt die Erschwerniszulage gemäß § 31. Der 15. Punkt, für Kinderbetreuung wird vorschussweise mit 1.4.2005 in der Dienst- und Gehaltsordnung ein eigens Schema verankert, welches sich aus den

Beträgen der bisherigen Laufbahn 3A plus der halben durchschnittlichen Erschwerniszulage für KinderbetreuerInnen in Kindergärten und Horten zusammensetzt. In dieses Schema sollen alle KinderbetreuerInnen der verschiedenen Einrichtungen einbezogen werden. KinderbetreuerInnen, die vor dem 1.9.2003 in einem Dienstverhältnis zur Stadt Graz gestanden sind, gebührt die halbe durchschnittliche Erschwerniszulage. 16) Beim Weihnachtsgeld haben wir bisher eine Regelung gehabt, eine gesetzliche, die quasi eine Fünftel eines Monatsgehaltes ausgemacht hat, das wird gekürzt auf 17,5 %, dafür wird es aber in den Lohn in Zukunft von Haus aus mithineingerechnet, damit wir, wenn uns auch die Öffentlichkeit dort oder da kritisiert, auch einmal dieses Thema weg haben, weil es schaut momentan immer so aus, wie ein zusätzliches Geschenk, das es hier geben würde, in Wahrheit ist es ein gesetzlicher Lohnbestandteil, der aber jetzt gekürzt hineinkommt.

Meine Damen und Herren! Wir haben dann nicht so wie in anderen Bereichen verhandelt, wo wir gesagt haben, uns interessiert jetzt von dieser Aufgabenkritik nur das Jahr 2005, sondern die Personalvertretung hat großen Wert darauf gelegt, dass wir das Paket über alle drei Jahre schnüren. Nachdem die Personalvertretung zusätzlich noch weniger Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer in dieser Stadt ebenfalls mitzuvertreten hat, haben wir uns auf ein Fünf-Jahres-Paket geeinigt, das weit über die geforderten 23 Millionen hinausgehen wird. Es werden in diesen nächsten fünf Jahren über 30 Millionen Euro, wenn Sie alles zusammenrechnen, sind es weit über 400 Millionen Schilling, von Seiten der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer beigetragen werden. Wir haben uns auch darauf geeinigt, dass wir lieber weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, diese mögen aber motiviert für uns da sein. Aus diesem Grund haben wir auch einige andere Punkte, die es hier gegeben hat, in der 35-Punkte-Liste entfallen lassen und diese werden auch in den nächsten drei Jahren nicht wieder verhandelt. Es gibt eine einzige Ausnahme, sollte bei unseren Ertragserwartungen, die wir haben, auf unserer Einnahmenseite massive Veränderungen oder Verschlechterungen auftreten, dann werden wir wie in allen anderen Bereichen auch wieder mit unseren Dienstnehmern zu verhandeln haben. Nochmals ein ganz, ganz herzliches Dankeschön den Vertretern Dr. Techt, Herrn Demschner, Ing. Skoff und Frau Gross und dem gesamten Team. Es war nicht leicht und ich darf auch an dieser Stelle als Dienstgeber sagen, niemand von uns ist wirklich interessiert, irgendjemandem etwas wegzunehmen und die Motivation zu

schmälern, ich glaube, dass wir hier einen vertretbaren Kompromiss gefunden haben und dass ein solches Paket auch auf unsere Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer in den letzten Jahrzehnten so geballt wie jetzt niemals über die Bühne gegangen ist. Ein herzliches Dankeschön, und ich ersuche den Gemeinderat diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 10.00 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

2) A 8 – K 79/1984-153

„Messe Center Graz“ Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungsgen.reg.Gen.mbH; Ao. Generalversammlung am 15.12.2004; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz

Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Messe Center Graz Infrastruktur- und StadtteilentwicklungsgesmbH. Es findet eine außerordentliche Generalversammlung übermorgen am 15. 12. statt mit dem wesentlichen Inhalt Begrüßung, Genehmigung des Protokolles der Generalversammlung vom 29. 9. insbesondere auch Neuwahl eines Mitgliedes des Vorstandes, hier wird nach dem Ausscheiden von Dr. Guido Held als Präsident der Messe Center Graz Infrastruktur-

und Stadtteilentwicklungsgenossenschaft die Frau Dr. Hella Ranner als neues Mitglied des Vorstandes vorgeschlagen werden. Ich bitte hier um Zustimmung.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der „Messe Center Graz Infrastruktur- und Stadtteilentwicklungen. reg. Gen.mbH“, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, wird ermächtigt, in der am 15.12.2004 stattfindenden a.o. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Genehmigung des Protokolls der o. Generalversammlung vom 29.9.2004
2. Neuwahl von Mag. Dr. Hella Ranner als Mitglied des Vorstandes.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Uray-Frick

3) Präs. 11578/2003-2

Trainingszentren GAK und SK Sturm,
Förderungsvereinbarungen; Mitglied der
Stadt Graz im Sachverständigenrat -
Änderung

Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Statt dem Herrn Dr. Webern, den wir heute in den strukturbedingten Ruhestand verabschiedet haben, soll in dieses Gremium die Frau Mag. Susanne Mlakar aus der Finanzabteilung entsandt werden. Ich bitte um Zustimmung.

Die berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

In den gemäß Pkt. II 2. der mit den Grazer Fußballvereinen GAK und SK Sturm im Zusammenhang mit der Errichtung von Trainingszentren abgeschlossenen Förderungsvereinbarungen eingesetzten Sachverständigenrat wird von der Stadt Graz als rechtskundiges Mitglied Frau Mag. Susanne Mlakar (Mag.-Abt. 8 – Finanz- und Vermögensdirektion) – an Stelle von Herrn Dr. Rainer Webern - entsendet.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Uray-Frick

4) Präs. 3127/2004-1

CITELEC, Austritt

Mag. **Uray-Frick**: Im Zuge der Aufgabenkritik sind auch die Mitgliedschaften der Stadt Graz durchleuchtet worden. Hier geht es um eine Vereinigung, der man beigetreten ist, wenn man sich für den Einsatz von Elektrofahrzeugen interessiert, das kann man auch ohne Mitgliedschaft bei diesem Verein. Ich bitte daher um Zustimmung, dass wir diesem Verein nicht weiter angehören. Einen Mitgliedsbeitrag, ich glaube von 1.375,- Euro, ersparen wir uns so.

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz erklärt hiermit den Austritt aus der Vereinigung Europäischer Städte, die am Einsatz von Elektrofahrzeugen interessiert sind (CITILEC9).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schönegger

5) Präs. 76180/2004-1

**Einrichtung eines Integrationsreferates
Informationsbericht**

GR. **Schönegger**: Meine Damen und Herren! Als Ausgangspunkt war das Arbeitsübereinkommen zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialdemokratie anlässlich der letzten Wahl. Es wurde vereinbart, ein Integrationsreferat einzurichten, der Bürgermeister hat daraufhin in vorbildhafter Art und Weise einen Arbeitskreis eingerichtet und das Ergebnis dieses Arbeitskreises liegt jetzt als Informationsbericht vor. Es wurde noch ein wenig diskutiert, aber ich bitte natürlich um Annahme und gehe davon aus, dass das auch angenommen wird, weil es auch im Ausschuss angenommen wurde. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen und die zuständigen Abteilungen des Magistrates mit der Umsetzung der im Informationsbericht genannten notwendigen Umsetzungsschritte beauftragen.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte voraussetzen, dass wir als KPÖ-Fraktion der Einrichtung eines Integrationsreferates große Bedeutung beimessen. Wichtig erscheint uns aber auch in zwei Punkten eine Veränderung und zwar im ersten Punkt, was die Ausschreibung der Dienstposten angeht, wollen wir, dass sie öffentlich ausgeschrieben wird, um ein möglichst breites Qualifikationsprofil für die Dienstposten auch zu haben und wenn es dann magistratsintern Leute gibt, die den Anforderungen entsprechen in besonders hohem Maße ist da für mich kein Widerspruch. Also ich würde die andere Vorgehensweise bevorzugen. Zum zweiten Punkt möchte ich vorausschicken, dass wir das Integrationsreferat nicht in diese Richtung entwickelt wissen wollen, dass es zur zentralen Förderstelle aller finanziellen Mitteln kommen soll. Wir gehen davon aus, dass Integration

Querschnittsmaterie ist und deshalb auch ein gewisses Budget in den einzelnen Ressorts zur Verfügung stehen muss für integrative Maßnahmen und natürlich auch das Integrationsreferat finanziell ausgestattet sein muss. Also beide Teile sind für mich entscheidend und ich möchte auch, was die Arbeitsweise anbelangt, dazusagen, mir scheint es sehr schwierig, wenn die Integrationsstelle mit zwei Dienstposten besetzt ist, beide Aufgaben, die vorgesehen sind im Bericht, also Förderstelle und konzeptionelle Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Integration auf kommunaler Ebene zu vereinbaren, dafür erscheint mir, ist es einfach nicht möglich. Es wäre für mich einfach nicht möglich, beides im selben Ausmaß adäquat leisten zu können und deshalb möchte ich namens der Gemeinderatsfraktion der KPÖ folgenden Zusatzantrag stellen und zwar:

- 1.) Die Ausschreibung der beiden vorgesehenen Dienstposten für das Integrationsreferat soll öffentlich erfolgen.
- 2.) Das Integrationsreferat soll keine Förderstelle aller für den Integrationsbereich vorgesehenen Mittel sein.

Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Grundsätzlich vorweg, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist meine Fraktion natürlich sehr froh, dass wir heute einen Beschluss fassen können über die Einrichtung des Integrationsreferates, wir diskutieren das schon länger. Tatsache ist, wir brauchen dieses Referat, damit wir einfach auch in der Verwaltung eine Stelle haben, eine Einrichtung, eine Institution haben, die für den integrationspolitischen Bereich auf beamteter, auf Verwaltungsebene einfach Grundlagen erarbeitet, Projekte vorantreibt und vieles mehr. Nur ganz kurz, nachdem das wirklich sehr ausführlich schon in den Ausschüssen, bei öffentlichen Podiumsdiskussionen und vielen anderen Anlässen diskutiert wurde, die Fragestellung unter welchen Rahmenbedingungen das Integrationsreferat eingerichtet werden soll, deswegen kurz nur zum Zusatzantrag der KPÖ. Einerseits hast du jetzt zum Schluss, Uli, ausgeführt, dass da die Einrichtung auch Förderstelle sein soll, es dir zu gering erscheint, wenn die MitarbeiterInnenzahlen nur zwei ausmachen soll, Tatsache ist, und das war auch uns ein Anliegen, deswegen wurde das ursprüngliche Stück ja auch abgeändert dahingehend, dass das noch bei weitem nicht fix ist, dass das

Integrationsreferat dann die Förderstelle ist. Tatsache ist, im Stück steht drinnen, dass jetzt, wenn die zwei Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen dann zu arbeiten beginnen, sie sich mit den jetzt mit verschiedenen Integrationsprojekten beauftragten Ämtern zusammensetzen, sich anschauen, was wo passiert und dann erst entschieden wird, soll es zu einer zentralen Förderstelle kommen oder sollen die Mittel zum größten Teil weiterhin dezentral über die verschiedenen beteiligten Ämter verwaltet und betreut werden. Wir haben das auch intern diskutiert, uns erscheint aus heutiger Sicht eben auch eine zentrale Mittelvergabe nicht für sinnvoll vor dem Hintergrund, dass einerseits, wenn es zum Beispiel um ein Projekt in der Jugendarbeit geht, es wichtig ist, für die NGOs die durchführen, dass sie auch das fachlich geschulte und qualifizierte Personal in Fragen der Jugendarbeit als Gegenüber innerhalb der städtischen Verwaltung haben. Der zweite Aspekt, den du mit deinem Zusatzantrag ansprichst, die Frage der internen oder externen Ausschreibung, auch hier haben wir in den Vordiskussionen unter dem Ausschussvorsitzenden Willi Kolar und unserer Integrationssprecherin Dr. Nuray Kanik-Richter eingebracht und eingefordert, dass wir vorerst intern ausschreiben, weil Tatsache ist, es kann für eine oder einen kein Nachteil sein, dass er oder sie Magistratsbediensteter ist und wenn wir innerhalb der magistratischen Verwaltung nicht zwei geeignete Personen finden sollten, dann müssen wir sowieso extern ausschreiben, das steht auch so im Stück drinnen mit dieser Umformulierung in Richtung vorerst, daher wird meine Fraktion eurem Zusatzantrag nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Bürgermeister! Ich kann jetzt deiner Argumentation nicht ganz folgen in Bezug auf die zentrale Mittelverteilung, weil du ganz logisch argumentierst, dass eben die Mittelverteilung für Integrationsarbeit an den Fachstellen weiterhin sein soll und die Aufgabe des Integrationsreferates mehr eine strukturpolitische ist als eine verwaltungspolitische. Und eine Verwaltungsaufgabe eben Ressourcen binden würde, die inhaltliche Arbeit erschweren würde, da sind wir uns ja alle einig. Und deswegen verstehe ich nicht, warum...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Da sind wir uns hier herinnen nicht alle einig.

GRin. **Rücker:** Da seid ihr euch nicht alle einig, ok. Aber es gibt kein Problem, diesem Punkt 2 zuzustimmen, weil es eben der Arbeit, der Zielsetzung dieser Integrationsstelle widersprechen würde, wenn die zur Mittelverteilungsstelle werden würde.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Es ist ausreichend im Stück argumentiert.

GRin. **Rücker:** Es ist so formuliert, dass du das Gefühl hast, es wird sichergestellt. Es steht so drinnen, dass es vorzubereiten ist von denjenigen, die dort beschäftigt sind.

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Rücker:** Ich habe das Stück jetzt nicht vor mir, aber für mich ist das eine klarere Formulierung. Zum Thema der Ausschreibungen sehe ich sehr wohl die Möglichkeit zu sagen, vorerst, aber es wäre auch möglich gewesen und das wäre unsere Forderung gewesen, einfach noch einen Satz hintanzustellen, also so wie es jetzt im Stück formuliert ist, vorerst Ausschreibung innerhalb des Hauses, wenn dies nicht zu diesen Bedingungen möglich ist, dann wäre eine externe Ausschreibung anzustreben. Das ist, wenn es nicht formuliert ist, die Frage, wieweit man dann die Rahmenbedingungen neu definiert, weil man halt intern nicht weiterkommt und das ist für uns zu offen formuliert, deswegen werden wir dem Zusatzantrag zustimmen.

GRin. Mag. **Uray-Frick** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Kurz gleich von hier, wir werden weder dem Zusatzantrag noch dem Antrag zustimmen, wir werden natürlich den Bericht zur Kenntnis nehmen, weil sonst müssen wir uns die Ohren zuhalten, aber wir werden ihn nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen, weil wir meinen, dass diese Notwendigkeit der Einrichtung dieses Referates nicht gegeben ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich als Miturheber dieses Stückes mich auch kurz zu Wort melden und hätte einmal den ersten dringlichen Wunsch, es handelt sich nicht um einen Zusatzantrag, sondern es handelt sich um einen Abänderungsantrag, da ganz konkret zwei Punkte des Stückes jetzt verändert werden sollen, das heißt, wir werden diesen Abänderungsantrag dann auch vorweg abstimmen lassen. Das zweite ist und ich möchte jetzt zum Thema der Integration Folgendes sagen: Wir haben einen Weg gewählt, der selbst in einer Besprechungsrunde und in einer eingeladenen moderierten Runde von Experten über die Staatsgrenzen hinaus jetzt als der richtige Weg bezeichnet worden ist, nämlich dass man alle Menschen einer Stadt einlädt, die sich mit dem Thema der Integration beschäftigen, das haben wir getan, wir haben einen Arbeitskreis gebildet, der ein wirklicher professioneller Kreis war, die haben einmal Vorschläge erarbeitet gemeinsam mit unserem Herrn Magistratsdirektor, dem ich an dieser Stelle auch danken möchte, weil die Schaffung eines Referates ist an und für sich amtsinterne Angelegenheit. Und wir haben diese Geschichte jetzt vernetzt und besprochen mit Teilen der NGO's und mit einigen Experten, bei denen möchte ich mich im Übrigen bei allen bedanken, die haben viel Zeit investiert und uns eine gute Grundlage geschaffen (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Diese Grundlage wurde dann wiederum mit allen NGOs besprochen und da gibt es natürlich unterschiedliche Wünsche, aber ich glaube auch, dass Politik manchmal so sein darf, dass man sagt, wir nehmen die wichtigsten Punkte wahr, aber wir haben dort oder da auch noch eine andere Meinung dazu. Und zum ersten Punkt, wenn wir gerade unseren Mitarbeitern mit dem Stück zuvor einiges abverlangt haben und wir einen Weg gehen wollen, wo wir sagen, lieber weniger, aber dafür motivierte Mitarbeiter und beim nächsten Stück dann schon wieder gleich von außen Leute suchen und nicht einmal abfragen, ob wir sie intern haben, dann ist das der falsche Weg. Und ich darf es da auch der Frau Gemeinderätin Rucker noch einmal deutlich

sagen, ich beabsichtige, dass wir diese Integrationsreferatsstelle gut besetzen mit guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wenn wir intern keine finden, werden wir selbstverständlich extern ausschreiben und der zweite Punkte und der ist bitte auch ganz, ganz wesentlich für mich: Wir haben nur darüber gesprochen, ob es nicht Sinn machen würde, jetzt haben wir ein paar Leitlinien für die Integration, aber wir haben noch nicht umgesetzt ein wirkliches Sachprogramm und ein Sachprogramm kostet dann letzten Endes auch immer wieder Geld und wir haben jetzt verschiedene Voranschlagstellen und damit verbunden auch verschiedene Stadtsenatsreferenten und Abteilungen, die zuständig sind. Wenn es zu einer Zusammenlegung kommen sollte und nicht nur bloß zu einem Vernetzen, was auch ein Ergebnis sein kann, also es gibt jetzt nicht den Auftrag an diese zukünftigen zwei Mitarbeiter, die wir da haben werden, sie mögen jetzt gleich eine zentrale Vergabestellen von Mitteln schaffen, das ist nicht der Fall. Wir haben uns abgesprochen innerhalb der Regierung, einige Kollegen haben gesagt, für mich wäre es kein Problem, bei uns ist das nicht so viel wie im Sport etc, die Kollegin Kaltenbeck, Kollege Kaltenegger im Wohnen, da geht es um andere Beträge, vielleicht wird das eines Tages auch gemeinsam verwaltet, zumindest sollte ein Bericht und eine klare Struktur hineinkommen. Aber es gibt nicht den Auftrag, dass die jetzt gleich eine zentrale Förderstelle werden sollen, aber sie sollen es sich professionellerweise auch anschauen, es kommt jetzt zu Doppelgleisigkeiten in der Finanzierung, wir haben viele NGOs, die dann dieselbe Tätigkeit machen, vielleicht gibt es dann auch einmal eine Spezialisierung und es macht nicht jeder Deutschkurse und Wohnberatung etc., wird vielleicht auch nicht schaden. Also diese Sorge ist noch da, ich möchte sie da ein bisschen entkräften und sage jetzt einmal, jetzt schreiben wir bitte aus, freuen wir uns darüber, dass wir eine Integrationsstelle bekommen. Frau Gemeinderätin Edlinger hat ja auch das ganze Jahr über immer wieder eingemahnt, wann das endlich kommt, jetzt ist es so weit, sie ist eine Kämpferin für dieses Integrationsreferat, es wird mit Beginn nächsten Jahres der Fall sein und die zwei noch offenen Fragen werden sich automatisch durch die Ausschreibung und die erste Arbeit dieser Leute dann im Gemeinderat wiederfinden. Jetzt bitte ich um Annahme.

Der Abänderungsantrag von GRin. Taberhofer wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

10) A 8 – K 50/2004-2

Einrichtung eines Feinstaub-Fonds

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei diesem Stück geht es um die Einrichtung eines Fonds, eines Feinstaub-Fonds, mit gesamt 20 Millionen Euro, ich möchte die drei Punkte genau vorbringen, und zwar aus den Mitteln der derzeitigen Öko- und Verkehrsfondsrücklage sechs Millionen Euro sowie den restlichen EGG-Rücklagen in der Höhe von 14 Millionen Euro soll ein Feinstaubfonds in Form einer neuen Rücklage eingerichtet werden. Der Feinstaub-Fonds dient in der Folge der Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Feinstaubes, die ansonsten angesichts der Budgetlage der Stadt Graz derzeit nicht finanzierbar wären. Für die Freigabe von Finanzierungsbeiträgen aus diesem Fonds sind objektive Richtlinien zu erarbeiten, die nach separater Beschlussfassung im Gemeinderat von einem Gremium aus Experten, und das ist eine Einfügung, die im Ausschuss dann aus der Finanz- und Baudirektion, dem Umweltamt und politischen Vertretern der Stadt Graz exekutiert werden sollen, so der erste Punkte. Der zweite Punkt: Die Zweckbindung der Zinserträge aus der Veranlagung der EGG-Rücklage für Annuitätenraten aus Investitionsprojekten, insbesondere der HL-AG wird nicht weiter aufrechterhalten und der dritte Punkt: Die restliche EGG-Rücklage in der Höhe von 71,5 Millionen Euro soll künftig in effizienterer Form zur Budgetsanierung der Stadt Graz verwendet werden, wofür seitens der Finanz- und Vermögensdirektion ein Konzept ausgearbeitet werden soll, und da gibt es jetzt auch einen Einschub, das dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstat Graz, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

1. Aus Mitteln der derzeitigen Öko- und Verkehrsfonds-Rücklage (6 Millionen Euro) sowie der restlichen EGG-Rücklage (14 Millionen Euro) soll ein Feinstaub-Fonds in Form einer neuen Rücklage eingerichtet werden. Der Feinstaub-Fonds dient in der Folge der Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Feinstaubes, die ansonsten angesichts der Budgetlage der Stadt Graz derzeit nicht finanzierbar wären. Für die Freigabe von Finanzierungsbeiträgen aus dem Fonds sind objektive Richtlinien zu erarbeiten, die nach separater Beschlussfassung im Gemeinderat von einem Gremium aus Experten aus der Finanz- und Baudirektion und dem Umweltamt und politischen Vertretern der Stadt Graz exekutiert werden sollen.
2. Die Zweckbindung der Zinserträge aus der Veranlagung der EGG-Rücklage für Annuitätenraten aus Investitionsprojekten (insb. HL-AG) wird nicht weiter aufrechterhalten.
3. Die restliche EGG-Rücklage iHv 71,5 Millionen Euro soll künftig in effizienterer Form zur Budgetsanierung der Stadt Graz verwendet werden, wofür seitens der Finanz- und Vermögensdirektion ein Konzept ausgearbeitet werden soll, das dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Das ist eigentlich wieder einmal ein Zeichen dafür, wie verantwortungsbewusst die Landeshauptstadt Graz mit dem Thema Feinstaub umgeht, es wird heute noch genügend Gelegenheit sein, auch über das Feinstaubpaket im Rahmen der Generaldebatte zu diskutieren. Aber was ich anmerken möchte als Umweltreferent, ich bin an und für sich bestürzt darüber, dass für die Baumaßnahmen zur Fertigstellung der Plabutschunnelröhre fast eine Woche Zeit gebraucht wird, Tag und Nacht und der Gesamtverkehr in einer Zeit, in der wir die höchste Feinstaubbelastung haben, in Wirklichkeit durch das Grazer Stadtgebiet umgeleitet wird. Das ist eigentlich eine untragbare Situation, zeigt wieder einmal mehr, wie die Verkehrsplaner der übergeordneten Stellen des Landes, des Bundes mit der Landeshauptstadt umgehen und vor allem mit der Bevölkerung. Und daher protestiere ich auch von dieser Stelle heute als Referent, dass es nicht möglich gewesen ist, erstens den Tunnel rechtzeitig fertig zustellen und zweitens, dass man für die Baumaßnahmen Markierungsmaßnahmen anzubringen für beide

Tunnelröhren von Sonntag bis einschließlich Freitag beansprucht, das ist ungehörig, das ist eine Belastung der Grazer Bevölkerung schlechthin (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Kahr**: Ich möchte nur anmerken, dass wir um getrennte Abstimmung ersuchen, weil wir dem Punkt 1) gerne zustimmen würden, jedoch den Punkten 2) und 3) nicht.

Der Punkt 1) des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Punkte 2) und 3) des Antrages wurden mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

11) A 8/4 – 21748/2003

Koralmbahn
Nahverkehrsknoten Puntigam/Schwarzer
Weg

1.) Erwerb von verschiedenen Teilflächen im Gesamtausmaß von 7.553 m² und einer vorübergehenden Nutzung von insgesamt 1.057 m²; Gesamtkaufpreis € 1.573.284,-; Nutzungsentgelt € 36.698,-

- a) einer ca. 2.032 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 40/1, EZ 1191, KG Rudersdorf sowie einer vorübergehenden Nutzung von ca. 562 m²; Eigentümer: BRAU UNION Österreich Aktiengesellschaft; Kaufpreis: € 371.348,- (€ 182,75/m²); Nutzungsentgelt: € 19.108,- (€ 6,80/m² und Jahr)
- b) einer ca. 1.049 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 40/2, EZ 1008, KG Rudersdorf sowie einer vorübergehenden Nutzung von ca. 400 m²; Eigentümer: Bau Immobilien GmbH; Kaufpreis: € 191.704,75 (€ 182,75/m²); Nutzungsentgelt: € 13.600,- (€ 6,80/m² und Jahr)
- c) einer ca. 4.475 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 335/1, EZ 9, KG Rudersdorf

sowie einer vorübergehenden Nutzung von ca. 95 m²; Eigentümer: Brau Immobilien GmbH (außerbücherlich); Kaufpreis: € 1.010.231,25 (€ 225,75/m²); Nutzungsentgelt: € 3.990,- (€ 8.40/m² und Jahr)

2.) Entschädigung für einen ca. 2-jährigen Verdienstentgang sowie für den Abbruch der Trafik durch die Stadt Graz an Frau Sigrid Scherer Gesamtentschädigung: € 65.892,36

Mag. **Spath**: Hier geht es um die Koralmbahn Nahverkehrsknoten Puntigam und Schwarzer Weg. Dieses Stück ist zweigeteilt, erster Teil Erwerb von verschiedenen Teilflächen im Gesamtausmaß von 7.553 m² und einer vorübergehenden Nutzung von insgesamt 1.057 m² zu einem Gesamtpreis von 1.573.284,- Euro und einem Nutzungsentgelt in der Höhe von 36.698,- Euro. Der zweite Teil betrifft eine Entschädigung für einen zirka zweijährigen Verdienstentgang sowie für den Abbruch der Trafik durch die Stadt Graz an Frau Sigrid Scherer, Gesamtentschädigung 65.892,36 Euro. Punkt drei: Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung der Verträge sowie Vermessung und Erstellung der Teilungspläne verbundenen Kosten gehen zu Lasten der A Liegenschaftsverkehr wird ermächtigt, die Behördenansuchen namens der Stadt Graz zu unterfertigen und die Bedeckung erfolgt auf der Voranschlagsstelle 5.61200.001500. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 9 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1.) Dem Erwerb der verschiedenen Teilflächen mit einer Gesamtfläche von 7.553 m² und einer vorübergehenden Nutzung von insgesamt ca. 1.057 m²
 - a) BRAU UNION Österreich Aktiengesellschaft,
eine ca. 2.032 m² großen Teilfläche des Gdst.Nr. 4071, EZ 1191, KG Rudersdorf, und eine vorübergehende Nutzung von ca. 562 m².
Kaufpreis: € 390.456,- (€ 182,75/m²)
Nutzungsentgelt: € 19.108,- (€ 6.80/m² und Jahr)
 - b) Brau Immobilien GmbH Graz,

eine ca. 1.049 m² große Teilfläche des Gdst.Nr. 40/2, EZ 1008, KG Rudersdorf, und eine vorübergehende Nutzung von ca. 400 m²

Kaufpreis: € 205.304,75 (€ 182,75/m²)

Nutzungsentgelt: € 13.600,- (€ 6.80/m² und Jahr)

c) Brau Immobilien GmbH Linz,

eine ca. 4.475 m² große Teilfläche des Gdst.Nr. 335/1, EZ 9, KG Rudersdorf, und eine vorübergehende Nutzung von ca. 95 m²

Kaufpreis: 1.014,221,24 (€ 225,75/m²)

Nutzungsentgelt: € 3.990,- (€ 8.40/m² und Jahr)

zu einem Gesamtpreis von € 1.573.283,99 und einem Nutzungsentgelt von € 36.689,- wird im Sinne der beiliegenden Vereinbarungen, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Organbeschlusses darstellen, zugestimmt.

2.)

a) Die Übernahme des bestehenden Bestandvertrages vom 17.9.1990 bzw. 20.9.19990 zwischen der Steirerbau Aktiengesellschaft als Bestandgeberin und der Inhaberin der Trafik als Bestandnehmerin bezüglich des auf dem Kaufgegenstand befindlichen Tabakverkaufskiosks von der Stadt Graz wird genehmigt.

b) Die Entschädigung für den Abbruch der Trafik und für einen ca. 2-jährigen Verdienstentgang in der Höhe von insgesamt € 65.892,36 durch die Stadt Graz an Frau Sigrid Scherer wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Organbeschlusses bildet, genehmigt.

c) Mit Frau Sigrid Scherer wird ein gerichtlicher Räumungsvergleich mit Räumungstermin 1.5.2005 abgeschlossen und wird von Frau Sigrid Scherer ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

3.) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung der Verträge sowie Vermessung und Erstellung der Teilungspläne verbundenen Kosten gehen zu Lasten der Stadt Graz.

4.) Die Errichtung der Kaufverträge erfolgt durch das Rechtsamt der Stadt Graz.

- 5.) Die A 8/4 – Liegenschaftsverkehr wird ermächtigt, die Behördenansuchen namens der Stadt Graz als außerbücherliche Grundeigentümerin zu unterfertigen.
- 6.) Die Bedeckung
- a) des Kaufpreises einschließlich Nutzungsentgelt in der Höhe von € 1.609,981,99 zuzüglich Nebenkosten von € 82.000,- erfolgt auf der VASt. 5.61200.001500 (AOB: A 10/BD);
 - b) der Entschädigung für Frau Sigrid Scherer (Trafik) in der Gesamthöhe von € 65.892,36 erfolgt auf der VASt. 5.612000.001500 (DKL BD 621).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ganz ein wichtiges Stück. Wir sind gut unterwegs auf den Baustellen, habe erst unlängst mich wieder direkt am Bahnhof bei den Bauarbeitern erkundigen können, da geht wirklich was weiter in der Stadt Graz, auf das dürfen wir stolz sein.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 1) A 1 – 132/2004-37

Richtlinien des Gemeinderates betreffend die Zuerkennung von Belohnungen an Bedienstete der Landeshauptstadt Graz
Belohnungsrichtlinien - Außerkraftsetzung

GR. **Kolar**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Zum Tagesordnungspunkt 1, die Ergänzungen zum Personalpaket, die der Herr Bürgermeister ja schon referiert hat, gibt es jetzt drei weitere Folgestücke, eines davon ist die Abänderung der Richtlinien der Belohnung der Bediensteten der Landeshauptstadt Graz. Im Rahmen des Projektes Aufgabenkritik zur Konsolidierung des Budgets wurde unter anderem Einvernehmen über die Aussetzung des Belohnungssystems erzielt. Neben den damit verbundenen Einsparungen, und wir

sprechen hier von rund einer halben Million Euro, wird diese Maßnahme der Kritik Rechnung getragen, wonach das derzeitige Prinzip der Ausschüttung von Belohnungen tendenziell im Gießkannenprinzip verpflichtet ist und dementsprechend vielfach zu Unzufriedenheiten geführt hat, sowohl auf Seiten der Bediensteten, aber auch auf der Abteilungsseiteebene, welcher die Entscheidung über die Gewährung der Belohnungen übertragen wurde. Ich darf um Annahme dieses Stückes ersuchen.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 31 g der Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957, idgF. In Verbindung mit § 45 Abs. 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967, idgF. beschließen:

Die Richtlinien des Gemeinderates betreffend die Zuerkennung von Belohnungen an Bedienstete der Landeshauptstadt Graz – Belohnungsrichtlinien gemäß GRB. vom 10.6.1999 werden mit Ablauf 31.12.2004 außer Kraft gesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 2) A 1 – 1663/2003-1

Verkehrsverbund für den Großraum Graz:
Zuschussleistung an städtische
Bedienstete gemäß GRB vom 24.3.1994
- Änderung

GR. **Kolar**: Verkehrsverbund Großraum Graz Zuschussleistungen der städtischen Bediensteten. Hier wird die Zuschussleistung der Jahreskarte und der Halbjahreskarte beantragt und es geht hier um eine Summe von 130.000,- Euro. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 3 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

Den Bediensteten der Stadt Graz wird bei Vorlage einer für Fahrten zwischen der Dienststelle und der Wohnung benützten nicht übertragbaren Halbjahres- oder Jahreskarte des Verkehrsverbundes für den Großraum Graz als freiwillige soziale Leistung ein Zuschuss von 50 % des jeweils für die Zone 101 geltenden Tarifes gewährt.

Von dieser Regelung ausgenommen sind die zur Grazer Stadtwerke AG abgeordneten städtischen Bediensteten.

Der gegenständliche Beschluss tritt mit Wirkung vom 1.1.2005 in Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieses Beschlusses tritt der Beschluss des Gemeinderates vom 24.3.1994 über die Gewährung eines Zuschusses zu Verbundkarten außer Kraft.

Übergangsbestimmungen:

1. Für eine vor dem 1.1.2005 gültige übertragbare Halbjahres- oder Jahreskarte des Verkehrsverbundes, für die ein Zuschuss gemäß GRB. vom 24.3.1994 noch nicht gewährt wurde, wird Bediensteten der Stadt Graz (bei Vorlage bis zum 15.1.2005) als freiwillige Leistung ein Zuschuss von 50 % des für die Zone 101 gültigen Tarifes gewährt.
2. Für eine bis 31.3.2005 entwertete Monatskarte des Verkehrsverbundes, für die ein Zuschuss gemäß GRB. vom 24.3.1994 noch nicht gewährt wurde, wird Bediensteten der Stadt Graz (bei Vorlage bis zum 15.4.2005) als freiwillige Leistung ein Zuschuss von 50 % des für die Zone 101 gültigen Tarifes gewährt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Kolar

NT 3) A 1 – 1663/2003-2

Fahrtkostenzuschuss gem. § 31 I DO –
Neufestsetzung des Eigenanteiles

GR. **Kolar**: Hier geht es um den Fahrtkostenzuschuss, die Neufestsetzung des Eigenanteiles für die Beschäftigten des Hauses und zwar wird der Eigenanteil von 35 jetzt auf 45 Euro monatlich angehoben. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle auf Grund des § 31 1 Abs. 3 der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956, LGBl.Nr. 30/1957, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 54/2003, sowie § 19 des Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetzes, LGBl.Nr. 30/1974, zuletzt geändert mit LGBl.Nr. 6/2003, folgende Verordnung beschließen:

Der Fahrtkostenanteil, den Bedienstete der Stadt Graz selbst zu tragen haben (Eigenanteil), wird mit Wirkung vom 1.1.2005 mit € 45,- monatlich festgesetzt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Edlinger

NT 4) A 8-K 964/1998-295

Graz 2003-Kulturhauptstadt Europas
Organisations-GmbH; Ao. General-
versammlung; Ermächtigung des
Vertreters der Stadt Graz gem. § 87 Abs.
2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz; Änderung des Gesell-
schaftsvertrages

GRin. **Edlinger**: Die Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas Organisations-GmbH hat nach Durchführung des Kulturhauptstadtjahres nun einen wesentlich stark

verminderten Umfang der Geschäftstätigkeit zu verzeichnen und es wird daher nun vorgeschlagen, den Gesellschaftsvertrag abzuändern und die Mitglieder des Aufsichtsrates dort abzuberaufen. Am 16. 12. 2004 findet die außerordentliche Generalversammlung statt und es wird eben der Antrag gestellt, dass der Vertreter der Stadt Graz in dieser GmbH, das ist Finanzstadtrat Dr. Wolfgang Riedler, ermächtigt wird, eben der Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates zuzustimmen sowie der diesbezüglichen Änderungen im Gesellschaftsvertrag.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Ab. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz 2003 Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, in der am 16.12.2004 stattfindenden a.o. Generalversammlung der Gesellschaft insbesondere folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Änderung des Gesellschaftsvertrages
2. Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Unterbrechung der Sitzung von 10.30 bis 11.00 Uhr.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 5) A 8 – K 17/2004-8

Leasingetappe V – umfassende
Sanierung von Amts- und Schulgebäuden
in Höhe von netto €15.241.000,-
- Erhöhung des
Finanzierungsrahmens für VS
Engelsdorf um netto €
2.171.400,- exklusive Einrichtung
Gesamtinvestitionskosten neu: netto
€17.412.400,-

Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Es geht hier um die Volksschule Engelsdorf. Im Rahmen der Leasingetappe V wurde die umfassende Sanierung von Amts- und Schulgebäuden in der Höhe von Euro 15,241 Millionen in Angriff genommen. Zu den jetzt anstehenden Projekt ist die Erhöhung des Finanzierungsrahmens für die Volksschule Engelsdorf um Netto 2.171.400,- Euro angedacht beziehungsweise beantragt exklusive Einrichtung. Es geht hier darum, dass anlässlich einer Begehung der Schule der Raumbestand als nicht zeitgemäß und den Anforderungen des Unterrichts nicht gewachsen definiert wurde und es daher zu einer Neuplanung und dem Zubau in der vorgenannten Höhe kommen soll. Die Einrichtung wird in Höhe von Euro 300.000,- angeschafft werden, es wird daher der Antrag gestellt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Erhöhung des zuletzt mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.3.2000 genehmigten Finanzierungsrahmens von Netto 15.241.000,- Euro für die umfassende Sanierung von Amts- und Schulgebäuden wird für den Erweiterungsbau der Volksschule Engelsdorf exklusive Einrichtung um netto Euro 2.171.400,- auf insgesamt netto 17.412.400,- genehmigt. Der Abschluss der bezughabenden Verträge im immobilien Bereich erfolgt zwischen der Stadt Graz und der Epsilon GrundstücksverwertungsgesmbH in der Gesamthöhe von netto 2.171.400,- auf Basis der bereits bestehenden Konditionen unter Berücksichtigung der infolge der Laufzeitverlängerung erforderlichen Anpassungen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z. 9 und 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 13071967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

1. Die Erhöhung des zuletzt mit Gemeinderatsbeschluss vom 16.3.2000 genehmigten Finanzierungsrahmens von netto € 15.241.000,- für die umfassende Sanierung von Amts- und Schulgebäuden wird für den Erweiterungsbau der VS Engelsdorf exklusive Einrichtung um netto € 2.171.400,- auf insgesamt netto € 17.412.400,- genehmigt.
2. Der Abschluss der bezughabenden Verträge im immobilien Bereich erfolgt zwischen der Stadt Graz und der Epsilon GrundverwertungsgmbH in der Gesamthöhe von netto € 2.171.400,- auf Basis der bereits bestehenden Konditionen unter Berücksichtigung der infolge der Laufzeitverlängerung erforderlichen Anpassungen.

GR. Mag. **Korschelt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Ich möchte darauf hinweisen, dass mich der Direktor des Rechnungshofes verständigt hat, dass der Rechnungshof nicht eingeschaltet wurde in diese Causa, was nicht dem Statut entspricht.

GRin. **Bergmann**: Ich möchte sagen, dass die KPÖ-Fraktion diesem Stück zustimmen wird, möchte das aber noch einmal sagen, was der Herr Kollege Korschelt gesagt hat, dass laut § 6 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes es vorgesehen ist, dass ab einem bestimmten Schwellenwert der Stadtrechnungshof mit einem Projekt befasst wird, dies ist hier nicht geschehen. Es ist auch im Stück nicht vermerkt und ich möchte das im Protokoll hier angemerkt wissen. Und weiters möchte ich ganz einfach auch von unserer Fraktion anmerken, dass es für uns schon wichtig wäre, dass diese Dinge eingehalten werden. (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte dazu auch noch persönlich anmerken, dass der Rechnungshof ja informiert worden ist, dass nur ein Bericht des Rechnungshofes noch nicht vorliegt und wir sollten diesen Beschluss auch nur fassen unter der Bedingung, dass der Rechnungshof dann diese Vorprüfung vollendet, Beauftragung soll erst erfolgen, wenn dieser Prüfbericht da ist und wenn in dem Prüfbericht eine

Befürwortung da ist. Sollte sich das negativ darstellen, sollten wir auch den Gemeinderat dann nochmals informieren. Quasi vorbehaltlich dieses Rechnungshofberichtes, den wir noch erwarten.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Nachdem das Stück aus meinem Bereich kommt, möchte ich das noch einmal bestätigen. Es wird diese Vorgehensweise gewählt, wobei das Anschlussleasing sich aus dem Umstand, dass also in der Volksschule schon ein Leasingverfahren im Laufen ist, zwangsläufig ergeben hat, daher der Spielraum für eine andere Finanzierung sehr, sehr eng, möglicherweise überhaupt nicht vorhanden ist. Wir werden natürlich die Anmerkungen und Feststellungen des Rechnungshofes noch abwarten und ich würde vorschlagen, dass wir dann auf alle Fälle auch über den Kontrollausschuss hinaus im Gemeinderat einen kurzen Informationsbericht abgeben.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

7) A 8 – K 1426/2001-54

Grazer Parkraummanagement GmbH;
Änderung des Finanzierungsvertrages
vom 24.3.2003

Mag. **Bauer**: Im Finanzausschuss wurde das Stück beraten, es geht um die Änderung des Finanzierungsvertrages der Grazer Parkraummanagement GmbH. Der bisherige Finanzierungsvertrag sieht vor, dass es der Gesellschaft ermöglicht wird, einen ausgeglichenen Jahresabschluss zu erstellen. Der jetzige Finanzierungsvertrag wird schon für das Jahr 2004 dahingehend modifiziert, dass ein jährlicher Grundsatzbeschluss festgelegt wird, dieser Gesellschaft einen Grundzuschuss in der Höhe von 250.000,- Euro zu ermöglichen und des weiteren sollen fortlaufende konkrete Projekte jeweils durch die Stadt Graz gesondert

abgegolten werden. Es hat auch einen Antrag gegeben, der dieses vorliegende Stück noch adaptiert und ich werde diesen modifizierten Antrag aus dem Finanzausschuss berichten und zwar, dass ein Abschluss dieses Finanzierungsvertrages in der Höhe von jeweils 250.000,- Euro jeweils für die Jahre 2004 und 2005 erfolgt. Des Weiteren, dass für die Jahre 2006 und die Folgejahre bereits im Jahr 2005 ein neuer Finanzierungsvertrag ausgearbeitet wird und der dann durch den Gemeinderat beschlossen werden soll. Dieser Finanzierungsvertrag soll den zu aktualisierenden Zielsetzungen der GPG Rechnung tragen. Dieser Antrag wurde mehrheitlich im Finanzausschuss angenommen. Um Annahme im Gemeinderat wird ersucht.

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002, beschließen:

1. Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Finanzierungsvertrages zwischen der Gesellschafterin der Grazer Parkraummanagement GmbH, Stadt Graz und der Grazer Parkraummanagement GmbH betreffend die Gewährung eines Gesellschafterzuschusses in der Höhe von € 250.000,- jeweils für die Jahre 2004 und 2005 durch die Stadt Graz an die Grazer Parkraummanagement GmbH, ergänzt durch die Vereinbarung, dass sich die Stadt Graz im Anlassfall zur Leistung von weiteren einzeln zu verhandelnden projektbezogenen Zuschüssen, soweit sie sich aus der Beauftragung von konkreten Projekten durch die zuständigen Entscheidungsträger der Stadt Graz ergeben und bei diesen die entsprechende budgetäre Vorsorge getroffen ist, wird genehmigt.
2. Für 2006 und Folgejahre soll 2005 ein neuer Finanzierungsvertrag ausgearbeitet und durch den Gemeinderat beschlossen werden, welcher den zu aktualisierenden Zielsetzungen der GPG Rechnung trägt.

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Am 13.5.2004 in der Gemeinderatssitzung haben wir mehrheitlich einen dringlichen Antrag von SPÖ, KPÖ und Grüne beschlossen, wo der zuständige Stadtsenatsreferent Univ.-Prof. Gerhard Rüschi aufgefördert wurde, einen Evaluierungsbericht über die GPG bis zur Gemeinderatssitzung im Juni vorzulegen. Ich konnte diesen Bericht nirgends finden, ist klar, weil er nicht gemacht wurde. Die Verwunderung, wie mit dringlichen Anträgen des Gemeinderates hier im Haus umgegangen wird. Zum Zweiten, wenn wir Zweck des Unternehmens hier in dem Stück lesen, wird jeder sehen, dass bei weitem der Zweck des Unternehmens bisher noch nicht erreicht wurde und unser Vorbehalt gegen diese Gesellschaft nicht ganz unbegründet sind. Der neue Finanzierungsvertrag beinhaltet jetzt nicht nur, der Antrag hat ja gelautet 250.000,- Aufstockung Eigenkapital nur für 2004, siehe da, die wundersame Vermehrung, auch für 2005 werden jetzt 250.000,- Euro der GPG zugeschossen. Ich hoffe, dass wir den Evaluierungsbericht, und vielleicht schaffen wir auch gemeinsam einen politischen Willen für diese Gesellschaft, damit sie politisch getragen oder nicht mehr getragen wird, es gibt ja zwei Wege immer, dass wir 2005 zu einer endgültigen Beurteilung dieser Gesellschaft kommen und uns 2005 einen neuerlichen Finanzierungsvertrag vielleicht ersparen können. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker:** Mit dem vorliegenden Stück wird eine Entscheidung getroffen, die schon in die richtige Richtung geht, nämlich, dass man hergeht und sagt, die Gesellschaft bekommt eine stärkere Steuerung durch die Stadt. Nur ist aus diesem Stück nicht herauszulesen, wie diese Steuerung denn jetzt ausschaut, also das ist für uns eine ungeklärte Frage. Wir wissen, dass diese Gesellschaft jetzt einfach aufrecht erhalten wird, ohne dass konkretisiert wird, welche Ziele und welche politischen Grundsatzentscheidungen in dieser Stadt zum Thema Parkraumbewirtschaftungen im Vorfeld überhaupt getroffen wurden. Das heißt, es besteht die Gefahr, dass dann wieder Projekte irgendwo entwickelt werden, außerhalb entwickelt werden, mit denen an die Stadt herangegangen wird, weil die Stadt selbst keine Zielsetzungen in dem Bereich verfolgt. Und solange das noch nicht der Fall ist, ist diese Gesellschaft nicht

sinnvoll, das ist weiterhin die Haltung der Grünen, deswegen werden wir dagegenstimmen.

StR. Mag. Dr. **Buchmann:** Als Eigentümerversorger der Parkraummanagementgesellschaft habe ich die Entscheidungen des Gemeinderates zu vollziehen. Ich erlaube mir allerdings die Anmerkung, dass der Gemeinderat in seinem Gründungsdokument für die Parkraummanagementgesellschaft auch einen Finanzrahmen für eine mittel- und langfristige Planung der Gesellschaft beschlossen hat, in der nachzulesen ist, dass das über 15 Jahre 2,1 Millionen Euro jährlich sein sollen, um die im Gründungsdokument angeführten Aufgaben seitens der Gesellschaft wahrnehmen zu können. Ich halte für meinen Teil fest, dass die Gesellschaft und die Gründung der Gesellschaft dazu geführt hat, dass wir seinerzeit bei den Stellplätzen unter der Erde ein Verhältnis hatten, das 80 % der Stellplätze im Hochpreissegment der Stadt gelagert waren, heute durch das Mehrangebot, was auch durch den Druck der Gesellschaft mit möglich war, sind wir deutlich unter 40 % der Garagenstellplätze im Hochpreissegment und es hat damit zu einer deutlichen Verbesserung dieser Situation geführt. Das wir zusätzlich im Gründungsdokument auch fachlich aus meiner Sicht sehr richtig drinnen haben, dass damit auch Park-&-Ride ermöglicht werden soll und mehr unserer Einpendler auf die Schiene gebracht werden sollen, ist ein weiterer wichtiger Punkt, das ist nicht dadurch zu verfolgen, indem man die Gesellschaft abmontiert in ihren Möglichkeiten. Daher, wenn man will, dass diese Gesellschaft Leistungen erbringt, muss man sie auch können lassen und ich bitte den Gemeinderat, bei weiteren Entscheidungen sehr daran zu denken, weil ansonsten diese Gesellschaft ohne Möglichkeiten ist und wer ohne Möglichkeiten ist, kann nichts gestalten und das kann man dann nicht den Organen, nämlich dem Aufsichtsrat, dem Lenkungsausschuss und der Geschäftsführung anlasten, sondern einzig und allein dem Eigentümer (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Ich möchte gerne zwei Dinge zur GPG sagen, zum Ersten, es hat den dringlichen Antrag gegeben, der von der Stadtbaudirektion beantwortet

wurde und zwar vor einiger Zeit, wir sind gerade dabei zu klären, wie diese Antwort verteilt worden ist. Bis das soweit ist, kann ich Ihnen die inhaltliche Antwort dazu sagen. Das gesamte Parkraummanagement, verbunden mit Park-&-Rideanlagen an der Stadtgrenze, ist ein Schwerpunkt der derzeitigen Verkehrspolitik und zwar jener Verkehrspolitik, die wir vor einem Jahr im Dezember 2003 beschlossen haben, nämlich mit der Ausweitung der blauen Zonen, mit den Tarifmaßnahmen sowie mit einer Zurverfügungstellung der zusätzlich eingenommenen Mittel für öffentliche Nahverkehrsmaßnahmen und für Park-&-Ride. Ich möchte an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass die Stadt Graz, aus welchen Gründen auch immer, im Laufe der letzten zehn Jahre Park-&-Ride nicht systematisch bearbeitet hat und es damit, auch mit diesem Gemeinderatsbeschluss zu einer Schwerpunktstellung auch in der Verkehrsplanung, Verkehrspolitik gekommen ist. Dazu ist eine Ausweitung der vorhandenen Ressourcen unbedingt erforderlich. Die Baudirektion, die ja insgesamt auch im Zusammenhang mit der Magistratsreform von den Ressourcen her eher eingeschränkt wurde als ausgeweitet, ist sicherlich nicht in der Lage, ohne zusätzlichen Ressourcen diesen neuen Schwerpunkt tatsächlich umzusetzen. Aus diesem Grunde sehen wir in der GPP eine sehr, sehr zweckmäßige und gute Ergänzung zur Tätigkeit der Baudirektion. Die Tätigkeit, die die GPG hat, entspricht damit durchaus auch sehr zentral dem Gesellschaftsvertrag. Im Gesellschaftsvertrag stehen einige weitere Aufgabengebiete drinnen, das ist durchaus üblich so. Jedenfalls ist in dieser Zusammenarbeit zwischen der Stadtbaudirektion und der GPG eine sehr, ich kann es nur noch einmal sagen, sehr zweckmäßige Ergänzung angesetzt, das haben wir ausgeführt, das ist ausgeführt worden in dem Bericht der Baudirektion, der meines Wissens auch durchaus verteilt worden ist. Ich möchte an dieser Stelle vielleicht noch darauf hinweisen, dass wir bei dieser Gesellschaft, glaube ich, durchaus auch uns im Klaren sein müssen, dass wir eine entsprechende Dotierung für diese Gesellschaft unbedingt gewährleisten müssen, ansonsten ist es wirklich keine zweckmäßige Aufgabenerfüllung. Wir müssen das Ja zu dieser Gesellschaft, das gefallen ist, auch damit verbinden, dass wir ein Ja zur entsprechenden finanziellen Ausstattung treffen, sonst kann die GPG nicht mehr arbeiten. Ich würde da durchaus um Zustimmung bitten, dass Sie das auch in diesem Zusammenhang so sehen. Wir haben die GPG als sehr wichtigen Aufgabenträger auch mit in der Bereitstellung und in der Ausweitung der blauen Zonen und wie Sie wissen, sind zwei konkreten Park-&-Rideprojekte in Vorbereitung. Eines ist

beschlossen im Zusammenhang mit dem langen 4er und das zweite in Puntigam, Park-&-Ride, das Parkhaus in Puntigam ist in Vorbereitung, die Vorbereitungen laufen über die GPG wiederum gemeinsam mit der Baudirektion, und ein Grundsatzbeschluss jedenfalls soll, so ist die Planung, im Jänner auch vorgestellt und im Ausschuss jedenfalls eingebracht werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Gibt es noch Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich nur noch den Herrn Gemeinderat Schmalhardt, wir sind sehr bemüht, alle Anträge, alle Anfragen und auch alle dringlichen Anträge zu bearbeiten und sie selbstverständlich zu erfüllen. Es gab einen Evaluierungsbericht, der an die Klubs versandt werden sollte, wenn immer er noch nicht da ist, ich werde darauf achten, dass er kommt und es ist, glaube ich, ein wesentlicher Punkt, also wir gehen durchaus sehr geordnet und gezielt mit diesen dringlichen Wünschen des Gemeinderates um.

GR. **Schmalhardt**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) Wir haben diesen Bericht nicht bekommen, weder im Klub noch wie verlangt im Gemeinderat berichtet, das war mein Antrag.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir werden das klären, ich möchte nur nicht generell im Raum stehen lassen, dass wir mit dringlichen Anträgen nicht sorgsam umgehen in diesem Hause, weil das ein bisschen herauszuhören war aus deiner Wortmeldung und wir werden selbstverständlich schauen, dass wir das hinkriegen (Applaus ÖVP).

Der Antrag wurde Mehrheit angenommen.

Berichterstatterin: GRin. Kahr

8) A 8 – 8/2004-8	<u>Kulturamt – Spezialforschungsbereich „Elektroaktive Stoffe“, Erhöhung der Projektgenehmigung um € 12.400,00 in der OG 2004-2005</u>
erhöhte Mehrheit	
9) A 16-K-176/1998/2	<u>Spezialforschungsbereich „Elektroaktive Stoffe“, Ausweitung der Projektgenehmigung in Höhe von €12.400,- in der OG 2004-2005</u>
erhöhte Mehrheit	

GRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Mit Gemeinderatsbeschluss vom Juni 2002 wurde für die Förderung des Spezialforschungsbereiches Elektroaktive Stoffe eine Projektgenehmigung in der Höhe von insgesamt 78.400,- Euro genehmigt. Da der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung die Weiterführung der Projekte innerhalb der dritten und letzten Förderungsperiode des SFB-Elektroaktive Stoffe bewilligt hat, soll die Projektgenehmigung für 2004 um 9.300,- Euro und für 2005 um 3.100,- Euro, insgesamt somit um 12.400,- Euro, erweitert werden. Die benötigten Beträge werden aus dem Wissenschaftsbudget des Kulturressorts bedeckt. Ich ersuche um Annahme.

Zu Punkt 8):

Die Berichterstatterin stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz vom 9.12.1993 bzw. gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.g.F. 91/2002 beschließen:

Die Erhöhung der Projektgenehmigung „SFB Elektroaktive Stoffe“ um € 12.400,00 mit einem zusätzlichen Finanzbedarf

für 2004	€ 9.300,00	insgesamt somit € 23.500,00
und 2005	€ 3.100,00	insgesamt somit € 17.300,00

und die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung wird genehmigt.

Zu Punkt 9):

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zi. 18 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. 62/2001 beschließen:

Der allfällige Abschluss eines dementsprechenden Verwaltungsübereinkommens zwischen der Republik Österreich, dem Land Steiermark und der Stadt Graz wird genehmigt.

Die Anträge 8) und 9) wurden einstimmig angenommen (51 : 0)

Berichterstatterin: GRin. Mag. Bauer

12) A 15/K-3/2004

Förderung des Vereines PASCH in der Höhe von € 70.010,40 zur Umsetzung der vom Gemeinderat am 6.7.2004 beschlossenen Maßnahme einer „Jugendbeschäftigungsdrehscheibe“

Mag. **Bauer**: Im Wirtschaftsausschuss wurde das Stück zur Förderung des Vereines PASCH in der Höhe von 70.010,40 Euro einstimmig beschlossen und zwar zur Errichtung einer Maßnahme, die der Jugendbeschäftigung dient und den Titel hat „Jugendbeschäftigungsdrehscheibe“. Es wurde vorab bereits im Gemeinderatsbeschluss getätigt, wo eben diese Grundsatzerklärung abgegeben wurde, dass sich die Stadt Graz als Gemeinde den Lehrlingen, die Lehrstellen suchen, insbesondere auch zu widmen hat. In diesem Stück durch die Jugenddrehscheibe sollen die Ziele verfolgt werden, dass eine Anlaufstelle für die Jugendlichen geschaffen wird, dass die Firmen motiviert werden, Lehrlinge auszubilden und dass in den Schulen die Berufsinformation angeboten wird. Die Zielgruppe der jungen Menschen liegt im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Jugendliche sollen an drei Nachmittagen in der Woche die Möglichkeit haben, diese Anlaufstelle zu kontaktieren und Berufsinformationen einzuholen, es ist geplant, an mindestens 20 Pflichtschulen diese Information zur Verfügung zu stellen und mit

etwa 100 Firmen in Kontakt zu treten. Des weiteren wird vom Verein PASCH Grundlagenarbeit geleistet, um spezifische Daten für das Grazer Stadtgebiet und Jugendbeschäftigung zu erstellen, des weiteren eine Bedarfsfeststellung und Prognosen- und Wirkungsanalysen sowie sich auch im restlichen Gebiet von Österreich umzusehen, welche Möglichkeiten zur Förderung der Jugendbeschäftigung bestehen und diese Beispiele nach Graz zu transferieren. Im Besonderen wird auch eine Zwischenevaluierung im Juni 2005 vorgelegt und hier dem Arbeitskreis Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung zur Kenntnis gebracht. Zur Erinnerung, das war auch jener Arbeitskreis, der die Forderung der Jugendbeschäftigung erstellt hat. Dieser Antrag wurde im Ausschuss einstimmig angenommen, ich ersuche um Annahme auch im Gemeinderat.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Wissenschaft den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich klar zur kommunalen Beschäftigungspolitik und beschließt die Umsetzung einer „Jugendbeschäftigungsdrehscheibe“ i.S.d. Motivenberichtes als kommunale Serviceeinrichtung in Form eines Pilotprojektes mit Projektstart im Dezember 2004 und einer Laufzeit bis Ende 2005.
2. Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes wird dem Verein PASCH für die Umsetzung der vom Gemeinderat am 6.7.2004, GZ: A 15/K-3/2004, beschlossenen „Jugendbeschäftigungsdrehscheibe“ eine Förderung in der Höhe von € 70.010,40 gewährt.
3. Der Förderungsbeitrag wird zu Lasten der neu zu schaffenden Fipos 1.78900.757. „Lfd. Transfers an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck“ genehmigt und verrechnet, und wird auf das noch namhaft zu machende Konto des Vereines PASCH überwiesen (Eine Kreditansatzverschiebung wurde bei der Finanz- und Vermögensdirektion beantragt).
4. Nach halber Laufzeit des Projektes, bis spätestens 30. Juni 2005, ist der Verein verpflichtet, der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung eine Zwischenevaluierung vorzulegen, die dem Arbeitskreis Jugendbeschäftigung/Lehrlingsausbildung zur Kenntnis gebracht wird. Bis

Ende Oktober 2005 ist der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung ein Evaluierungsbericht vorzulegen, der nach Diskussion in dem laut Gemeinderatsbeschluss vom 6.7.2004 zusammengesetzten Arbeitskreis Jugendbeschäftigung/Lehrlingsausbildung dem Gemeinderat in Form eines Informationsberichts zur Kenntnis gebracht wird.

5. Der Verein verpflichtet sich, die Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Graz einzuhalten und die widmungsgemäße Verwendung der gewährten Fördermittel durch Originalrechnungen bis 31. Mrz 2006 nachzuweisen. Für den Fall der zweckwidrigen Verwendung der Förderung besteht ein Rückforderungsanspruch auf die gewährten Fördermittel beziehungsweise ein aliquoter Rückforderungsanspruch, wenn keine ausreichenden Originalrechnungsnachweise erbracht werden.
6. Die Stadt Graz als Fördergeberin ist bei allen Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit mitzukommunizieren, insbesondere ist das Logo der Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung anzuführen.

GRin. **Rücker:** Wir haben im Ausschuss diesem Stück zugestimmt, das ist richtig, wir waren auch sehr intensiv beteiligt an der Erarbeitung des Grundsatzbeschlusses, der im Juni dieses Jahres beschlossen wurde hier herinnen. Für uns hat das Stück eine Bedeutung insofern, als Sie sagen, es ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung, was uns noch fehlt, das ist einerseits, und das höre ich auch von Herrn Stadtrat Buchmann öfters, die klare Überzeugung dafür, dass die Stadt Graz sehr wohl eine strukturpolitische Rolle übernehmen kann im Bereich der Beschäftigungspolitik und das auch muss. Die Stadt kann es sich nicht leisten in Zukunft rein mit Zuschüssen und Förderungen an diverse kleine Projekte Beschäftigungspolitik zu definieren. Die Stadt wird sich, und das wird auch zu sehen sein, ob dies der nächste Schritt ist, auf Grund von entsprechenden Grundlagen und Vorarbeiten einmischen müssen in die Beschäftigungspolitik in dieser Region und es geht nicht alleine damit, dass man kleine Strukturen fördert und nicht darüber hinaus denkt. Also wir erwarten uns ein Weitergehen in die Richtung, dass in Zukunft stärker vernetzt kooperativ auch im Sinne eines Beschäftigungspaktes, auch im Sinne von

Lukrieren von EU-Mitteln für diese Stadt eine Grundlage geschaffen wird, dass Beschäftigungspolitik sinnvoll umgesetzt wird und zielhaft in Richtung Einmischen in eine strukturpolitische Frage, die die Stadt sehr wohl betrifft und vor allem die Menschen, die hier leben, denn das ist die Herausforderung, die wir heute haben. Die Frage der Beschäftigung und die Frage der Einstiegsmöglichkeiten für junge Menschen und das kann sich die Stadt nicht leisten, sich da herauszuhalten und da werden wir sehen, wie es geht. Der erste Schritt ist einmal die Grundlagenarbeit, die in diesem Stück auch abgesichert ist, aber wir möchten gerne, dass da noch mehr geschieht und dass es ein klareres Bekenntnis gibt, als wir es bisher verspüren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Trummer

NT 6) A 14-K-855/2004-60

erhöhte Mehrheit

02.07 Bebauungsplan „Maiffredygasse –
Leonhardstraße – Lessingstraße –
Alberstraße“
II. Bez., KG St. Leonhard; Beschluss

GR. **Trummer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Der Bebauungsplan Maiffredygasse – Leonhardstraße – Lessingstraße – Alberstraße wurde in der Zeit vom 22.7.04 bis 23.9.04 und später verlängert auf 30.9.04 öffentlich aufgelegt. Die Kundmachung ist auch im Amtsblatt erfolgt, des Weiteren ist auch der Bezirksrat eingebunden gewesen und während der Auflagefrist erfolgte natürlich auch im Stadtplanungsamt eine Auskunfts- und Beratungstätigkeit und zusätzlich hat auch am 21. September eine Bürgerinformation stattgefunden. Innerhalb dieser Auflagefrist lagen 46 Einwendungen zum Bebauungsplan auf, diese Einwendungen lassen sich in Schwerpunkten zusammenfassen, es hat Einwendungen des Grundeigentümers der Liegenschaften Maiffredygasse 16 und Leonhardstraße 8 bis 10 gegeben. Es waren dann Einwendungen zur Bebauung und Schließung Maiffredygasse - Alberstraße, Einwendungen zur Innenhofbebauung, zur Tiefgarage und eben dann auch Einwendungen hinsichtlich Raumordnungsgesetz und eben sonstige Einwendungen. In Erledigung dieser Einwendungen hat sich der 02.07

Bebauungsplan in folgenden Punkten geändert: In der Verordnung der § 6, eben die Bebauungsdichte, Bruttogeschossfläche, der § 7 Baugrenzlinien, im § 9 traufenseitige Gebäudehöhen und die Dächer und im § 10 Pkw-Abstellplätze und auch im Planwerk hat es eine kleine Verschiebung gegeben. Der Ausschuss für Stadt-, Verkehr- und Grünraumplanung hat beraten und stellt an den Gemeinderat den Antrag, der Gemeinderat wolle den 02.07 Bebauungsplan Maiffredygasse - Leonhardstraße – Lessingstraße – Alberstraße bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie den Einwendungen mit ihren Erledigungen beschließen. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 02.07 Bebauungsplan „Maiffredygasse – Leonhardstraße – Lessingstraße – Alberstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen (44 : 5).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich begrüße den Herrn Landtagsabgeordneten Gennaro auf der Zuschauertribüne ganz, ganz herzlich (*allgemeiner Applaus*).

Berichterstatterin: GRin. Mag. Uray-Frick

2. NT 1) Präs. 11211/2003-56

Novellierung der Dienst- und
Gehaltsordnung; Pensionsanpassung für
2005

Mag. **Uray-Frick**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Stadt Graz hat natürlich im Pensionsbereich jene Dinge nachzuvollziehen, die im Bund beschlossen werden. Und aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass die Erhöhung der Pensionen, die die Höhe der Medianpension nach dem ASVG nicht überschreiten auf Grund der Erhöhung der Verbraucherpreise mit 1,5 % vorzunehmen sind. Alle übrigen Pensionen, also das ist bis zu einem Betrag von 686,70 und alle übrigen Pensionen mit einem Fixbetrag von 10,30 Euro zu erhöhen. Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf eines Landesgesetzes, weil das ja dort beschlossen werden muss, wird genehmigt. Der Gesetzesentwurf ist dann der Steiermärkischen Landesregierung vorzulegen und Wirksamkeit 1. Jänner 2005. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 3 iVm Z 15 des Statutes der Landeshauptstadt Graz beschließen:

1. Die Erhöhung der Pensionen, die die Höhe der Medianpension nach dem ASVG (€ 686,70) nicht überschreiten, ist auf Grund der Erhöhung der Verbraucherpreise nach § 299 a Abs. 2 ASVG mit 1,5 % vorzunehmen. Alle übrigen Pensionen sind mit einem Fixbetrag von € 10,30, welcher der Erhöhung der Medianpension entspricht, zu erhöhen.
2. Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildende Entwurf eines Landesgesetzes, mit dem die Dienst- und Gehaltsordnung der Beamten der Landeshauptstadt Graz 1956 geändert wird, wird genehmigt.
3. Der Gesetzesentwurf ist dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen vorzulegen, für dessen ehestbaldige Gesetzwerdung Sorge zu tragen.
4. Die im angeschlossenen Gesetzesentwurf vorgesehenen Neuregelungen sind mit dem hiefür vorgesehenen Wirksamkeitstermin 1. Jänner 2005 vorschussweise anzuwenden.

GR. **Pleyer:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß schon, dass der Gemeinderat in dieser Situation nicht zuständig ist, aber den Pensionen jetzt bei diesem Preisschub von Heizung und Strom mit 10,30 Euro beziehungsweise 1,5 % zu diesen Betrag abzugelten, ist eine Frechheit. Es ist nicht das erste Mal, meine Damen und Herren, sondern das ist jetzt das dritte Mal. Und wenn man sich die Gehaltserhöhungen anschaut, überall geht es über zwei Prozent und für die Pensionisten und für die ältere Generation, die dieses Land aufgebaut hat und die dieses Land zu dem gemacht hat, was es heute ist, so billig abzuspeisen, finde ich als Frechheit. Ich wollte das sagen, man kann das nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüschi

2. NT 2) BBI 060972/2004

Projekt Werkstatt Graz,
Grundsatzbeschluss

Dr. **Rüschi:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Basis für das vorliegende Stück ist die Diskussion zum Stadtentwicklungskonzept 3.0. Damals wurde vereinbart, dass nach geeigneten BürgerInnenverfahren zu suchen ist, die in die Stadtentwicklung miteingebaut werden sollen. Es hat dann mehrere Veranstaltungen gegeben, bei denen sich die Planungswerkstatt nach dem Modell Basel als geeignetes Verfahren herausgestellt hat. Wir haben uns mit dieser Planungswerkstatt beschäftigt und ein Grundsatzbeschluss zu dieser Planungswerkstatt liegt nun vor nach sehr, sehr langen Diskussionen, auch unter Einbindung der verschiedenen Klubs. Ich bin sehr dankbar, dass es heute zu dieser Zustimmung gekommen ist. Worum geht es im Wesentlichen? Es geht um ganz konkrete Ziele, die Stadt Graz ist genauso wie sehr viele andere europäische Städte mit der Abwanderung konfrontiert, das bringt Verteilungs-, bringt Erschließungsprobleme mit sich, aber auch entsprechende negative Auswirkungen auf die Einnahmensituation. All dies soll

jedenfalls mit einem Ansatz und es kann nur einer sein, mit dem Ansatz der Planungswerkstatt jedenfalls bearbeitet werden, es geht etwa darum ganz konkret den im europäischen Durchschnitt sehr, sehr hohen Unterschied zwischen der anwesenden Bevölkerung und der Hauptwohnsitzbevölkerung zu reduzieren. Es geht durchaus auch darum, den Focus auf die vielen Absolventinnen und Absolventen unserer zahlreichen Bildungseinrichtungen zu legen, die, nachdem sie eine gute Ausbildung in Graz genossen haben an den Universitäten, an den Fachhochschulen, an den vielen anderen Bildungseinrichtungen, Graz für ihre Berufstätigkeit verlassen. Das sind etwa zwei ganz konkrete Beispiele, die wir angehen wollen. Es ist selbstverständlich vorgesehen, dass in der ersten Vorbereitungsphase die Bezirksorganisationen mit eingebaut werden, es ist auch vorgesehen, dass es begleitend zu diesen Bürgerverfahren ein politisches Kontrollgremium gibt, das sich aus allen Parteien, die hier im Gemeinderat vertreten sind, zusammensetzen. Und es gibt auch eine sehr, sehr grundlegende aber doch klare Zusage, dass, wenn diese erste Phase, erfolgreich ist und die in sie gesteckten Ziele erfüllt, dass dann auch die Bereitschaft von der Stadtregierung und dann auch vom Gemeinderat besteht, dieses Bürgerverfahren durchzuziehen. Die erste Phase die Vorbereitung ist im Budget gedeckt, sie wird bis Mitte des nächsten Jahres dauern und danach würde der Beteiligungsprozess auf insgesamt zwei Jahre angesetzt, durchgeführt. Ich darf daher den Gemeinderat bitten, erstens den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen und zweitens das BürgerInnenbüro zu beauftragen, die Phase 1 der Werkstatt Graz nämlich die Projektgrundlagen, die Konzeption und die Detailplanung umzusetzen. Nach Vorliegen der Ergebnisse aus Phase 1 ist in einem weiteren Gemeinderatsbeschluss über die Umsetzung des Hauptprojektes zu entscheiden. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorliegende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Bürger/Innenbüro – Info Point Europa wird beauftragt, die Phase 1 Werkstatt Graz – Projektgrundlagen, Konzeption, Detailplanung umzusetzen. Nach Vorliegen der Ergebnisse aus Phase 1 ist in einem weiterem

Gemeinderatsbeschluss über die Umsetzung des Hauptprojektes (Projektphasen 2-4) zu entscheiden.

GRin. **Rücker:** Die Werkstatt Graz, die als Grundlage hat ein erfolgreich umgesetztes Modell aus Basel, hat relativ viel Möglichkeiten eröffnet, in eine Zukunft zu denken, wo auch BürgerInnen stärker eingebunden werden in die Zieldefinitionen dieser Stadt und wohin sie sich entwickeln soll. Was mich ein bisschen verwundert hat, ist, dass es trotz des Versuchs, in den Klubs Stimmung dafür zu machen, die Diskussion auf breiter Ebene, bevor man überhaupt einmal zu diesem Stück kommt. Dass es dann doch offensichtlich nicht gelungen zu sein scheint, dass innerhalb der Klubs wirklich durchkommuniziert wurde, das war einfach ein Überraschungseffekt, der uns schon sehr erstaunt hat, dass man ein Stück sehr gut versucht vorzubereiten, aber dann trotzdem das Gefühl nicht entsteht, dass es wirklich gut getragen ist. Wenn in dieser ersten Phase, die nun beschlossen wird, dieses Gefühl für uns nicht entsteht, dass es eine Umsetzung hat, an die die Menschen, die hier entscheiden, auch glauben, das ist die Stadtregierung genauso wie die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, dann wird es nicht glaubwürdig für Bürgerinnen und Bürger umzusetzen sein und es ist aber eine wesentliche Voraussetzung, damit man einen BürgerInnenbeteiligungsprozess in Graz einmal positiv entwickelt und nicht letztendlich dann der ganze Glaube, der jetzt schon sehr ins Wanken geraten ist, in den letzten Jahren erst recht hinuntergekippt wird. Also für uns wird wesentlich sein am Ende dieser ersten Phase nun, gibt es den echten politischen Willen, sich darauf einzulassen auf einen Dialog mit den Menschen, die hier leben, auf eine gemeinsame Entwicklungsarbeit im Bereich der Ziele, vielleicht ist es möglich, den nächsten STEG 2010 auf dieser Grundlage breiter getragen zu entwickeln, das wäre eine schöne Vision und deswegen stimmen wir dem Stück jetzt zu, aber schauen uns noch einmal genau das Ergebnis dieser ersten Phase an (*Applaus Grüne*).

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin da jetzt nicht deswegen herausgekommen, um Ihnen irgendwie

mitzuteilen, dass dieses Stück mir sehr am Herzen liegt, dass ich mich darüber auch freue, dass ich diese Werkstatt Basel für gut und richtig halte, für eine geschickte Angelegenheit, die unserer Stadt was bringt. Ich bin auch nicht deswegen herausgekommen, weil ich von einer Fraktion im Ausschuss gehört habe, dass sie diese 50.000,- Euro, die da in die Hand genommen werden, schweren Herzens in die Hand nimmt, ich sage hier auch nicht dazu, welche Fraktion es war, sonst würde man mir Gehässigkeit vielleicht noch unterstellen. Ich möchte aber Folgendes tun und zwar sozusagen in die Rolle eines Unternehmensberaters schlüpfen und uns hier herinnen klarmachen, warum für uns hier herinnen als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und als Mitglieder der Stadtregierung, dieses Projekt ein wichtiges Projekt sein kann, und ich denke auch, muss. Es geht darum, wie definieren wir unsere Leistung. Ich lasse jetzt die ganzen Worte, für die Unternehmensberater sich teuer bezahlen lassen, weg und komme gleich zu diesem Begriff, Leistung ist Aktionsleistung und Präsentationsleistung. Aktionsleistungen in unserem Fall setzen sich zusammen aus einem objektiven Ergebnis, das sind die Stücke, die wir beschließen und deren Umsetzung unter subjektiven Anstrengung. Das ist jetzt die Arbeitszeit, die wir investieren in Ausschüssen, in anderen Diskussionen und hier im Gemeinderat und die Leistung, die wir hier erbringen, beschränkt sich aber nicht alleine darauf, sondern auch auf die so genannte Präsentationsleistung. Und ich würde mir wirklich wünschen, dass wir hier dieses Stück zum Anlass nehmen, unsere gemeinsamen Leistungen zu präsentieren. Vielleicht ist jetzt Präsentationsleistung noch nicht ganz so herausgekommen, was damit gemeint ist. Meine Damen und Herren, Sie alle kennen sicherlich John McEnroe und Sie alle kennen sicherlich Andrew Agassi und ich frage Sie, jetzt ist es eine Frage aus dem Sport, für welche Leistung sind Ihnen die bekannt? Wer von Ihnen weiß, welche Turniere die beiden Herren gewonnen haben und wer von Ihnen kann sich tatsächlich noch erinnern an zertrümmerte Schläger bei Batch on Mcenroe und wer von Ihnen kann sich noch erinnern an die langen Haare von Mister Agassi, das ist Präsentationsleistung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: StR. Mag. Dr. Riedler

13) A 8-K 103/2004-1

Haushaltsanalyse 2005

14) A 8 K 103/2004-1

Voranschlag 2005

Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren! Bevor wir zum kulinarischen Teil kommen, das heißt, die Power-Point-Präsentation beginnt, möchte ich ein paar einleitende Worte sagen und möchte Ihnen zuerst sagen, mit dem vorliegenden Budgetbeschluss wird uns eine Trendwende im Sanierungsfall Stadt Graz gelingen. Es ist uns gelungen, gemeinsam gelungen, ich möchte das ausdrücklich betonen, und ich bedanke mich dafür, dass alle Stadtsenatsmitglieder einen Beitrag leisten wollten und konnten. Es ist uns gemeinsam gelungen, mit dem Projekt Aufgabenkritik zu einer wesentlichen Ausgabenreduzierung im Bereich unserer ordentlichen Gebarung zu kommen, es ist uns auch gelungen, durch ein äußerstes Maß an Budgetdisziplin im Bereich des Investitionsbudgets der außerordentlichen Gebarung zu einem sehr, sehr vorsichtigen und den Umständen entsprechenden Voranschlag zu gelangen. Diese Vorsicht, diese Rücksichtnahme auf die Budgetlage der Stadt Graz ist außerordentlich notwendig. Der Ernst der Situation wurde in diesem Haus seit den letzten Gemeinderatswahlen wiederholt betont und analysiert und ich kann Ihnen heute sagen, dass alle Umstände, die wir befürchtet haben, alles, was wir erwartet haben, was es an Verschlechterungen, vor allem auf der Einnahmenseite geben wird, zum Teil leider sogar noch von der Realität übertroffen wurde. Meine Damen und Herren, wir haben die, vielleicht politisch gesehen, sehr undankbare Aufgabe, eine historisch einmalige Redimensionierung im politischen Bereich der Stadt Graz vorzunehmen. Unangenehm deshalb, weil das bedeutet, dass die Stadt Graz bei allem Bemühen, Abläufe gelungener zu gestalten und Kosten einzusparen in Bereichen, wo sie niemandem auffallen, doch zu Aufgabeneinschränkungen kommt und kommen muss, die gespürt werden werden von den Grazerinnen und Grazern. Und das bedeutet, anders als in der Vergangenheit müssen wir politische Entscheidungen nach den Kriterien treffen, worauf wollen wir, worauf können wir, worauf müsse wir wohl verzichten und viel weniger nach den Kriterien die über viele Jahrzehnte in wachsendem Wohlstand auch für die Stadt Graz gegolten haben, was können wir uns noch leisten, wie sollten wir vorausblickend zusätzlich investieren? Sie werden bei der Darstellung des Budgets aber feststellen können, dass wir nicht

einfach blindwütig nach gewissen Maßzahlen gespart haben, einen Schnitt gemacht haben durch den Kuchen, sondern dass es nach wie vor der Fall ist, dass in der Stadt Graz an die Zukunft gedacht wird, dass intelligent und mit Maßstab auch investiert wird. Meine Damen und Herren, ich möchte es Ihnen diesmal ersparen, ein weiteres Mal mit einem Blick im Zorn in die Vergangenheit meine Budgetdarstellung einzuleiten. Ich glaube, wir sollten uns darauf konzentrieren, was in den nächsten Jahren auf uns zukommt und wir sollten darüber nachdenken, was wir unbedingt tun müssen und ich möchte daher doch auch auf die Rahmenbedingungen, unter denen wir unsere Handlungen setzen, kurz eingehen. Ich habe vorhin schon gesagt, dass die Entwicklungen der vergangenen Monate sich vor allem auf der Einnahmenseite im Großen und Ganzen wenig günstig gestaltet haben. Ich weise in dem Zusammenhang nur darauf hin, dass einerseits die im Jahr 2003 in der Bundesregierung beziehungsweise im Nationalrat beschlossene Steuerreform ihre ersten Auswirkungen bereits im heurigen Jahr gehabt hat. Neben dieser Entwicklung hat es dann aber noch zusätzlich als Belastung eine weniger positive Wirtschaftsentwicklung in Österreich gegeben, die dazu geführt hat, dass wir im heurigen Jahr aller Voraussicht nach Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen in der Größenordnung von zehn Millionen Euro zu verkraften haben. Mindereinnahmen im Verhältnis zum Voranschlag für das Jahr 2004 und unsere Schätzungen, der Rechnungshof hat uns darauf wiederholt hingewiesen, waren schon sehr, sehr vorsichtig angesetzt, das heißt also, wir haben damit zu kämpfen, dass unsere Ertragslage sich ständig verschlechtert und sich zum Teil im erwarteten Ausmaß, aber darüber hinausgehend noch zusätzliche Belastungen für uns ergeben haben. Die Reaktion auf diese Situation konnte nur sein, dass wir auch im laufenden Budget, im Budgetjahr des Jahres 2004 unsere Ausgaben im Bereich der ordentlichen Gebarung zurückgenommen haben und sehr, sehr maßvoll gestaltet haben. Der Rechnungsabschluss für das Jahr 2003 hat bewiesen, dass das Instrument der sogenannten 15%-Sperrung nicht nur notwendig war, sondern auch sinnvoll eingesetzt werden konnte. Im Jahr 2003 ist es uns gelungen, die Ausgabenausfälle in einem Gleichgewicht zu den Ausgabeneinsparungen über die 15%-Sperrung zu halten. Im Jahr 2004 wird es im vollen Umfang aller Voraussicht nach nicht mehr gelingen können, weil die 15%-Sperrung nicht diesen großen Effekt hat, wie die Einnahmenausfälle sich darstellen werden. Es hat in den Vorbereitungen zur Aufgabenkritik daher eine Reihe von Überlegungen gegeben, wie wir auch unsere

Einnahmenseite sinnvoll besser gestalten können. Das beginnt bei Maßnahmen, die sich in den Bereich der Steueroptimierung hineinbewegen, geht über die Maßnahmen, die etwa Verwaltungsabläufe günstiger gestalten können und reicht ganz massiv zum Beispiel auch in jene Bereiche hinein, die wir nicht mehr im unmittelbaren Aufgabenbereich der Stadt Graz haben. Ich denke hier vor allem an die Maßnahmen, die wir im Bereich der ausgegliederten Gesellschaften zu setzen haben und wir haben ein Stück erst vor wenigen Minuten in diesem Zusammenhang hier dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen können.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf einige Themen der jüngeren Vergangenheit kurz eingehen. Wir haben, und das ist ein Thema, das unmittelbare Auswirkungen auf unsere Budgets haben wird, vor wenigen Wochen die Verhandlungen zum Finanzausgleich abschließen können. Ich möchte gleich dazusagen, ich habe das bereits mehrmals betont, mit einem für die Stadt Graz ungünstigen Ergebnis. Ungünstig deshalb, weil anders als andere Städte wir mit dem Ergebnis eigentlich deshalb nicht zufrieden sein können, weil unsere Ausfälle über die Steuerreform nur zu einem ganz, ganz geringen Bruchteil kompensiert werden konnten. Die Einnahmenausfälle der Steuerreform werden sich aller Voraussicht nach auf 15,6 Millionen Euro im kommenden Jahr belaufen, im Verhältnis zu den Einnahmen des Jahres 2003 gerechnet. Der Finanzausgleich wird uns zirka zwei Millionen Euro zurückbringen von diesen Beträgen. Man sieht also, Sie wissen ja, die Finanzsituation war im Jahr 2003 schon eher unglücklich, man sieht also allein aus diesen Zahlen, mit welchen zusätzlichen Fußfesseln wir hier zu kämpfen haben. Ich bin daher der Meinung, dass schleunigst darüber nachzudenken ist, wie der ganze Finanzausgleich insgesamt auf eine neue Basis gestellt werden muss, ich bleibe dabei, dass wir uns den Weg offen halten sollen über eine höchstgerichtliche Überprüfung des Systems des Finanzausgleiches zu einer gerechten Mittelzuteilung zu kommen und ich sage noch etwas dazu und ich gehe jetzt einen Schritt weiter, ich bin der Meinung, dass die bürgernächste Aufgabenerfüllung, die zweifellos in den Gemeinden und Städten erfolgt, auch eine entsprechende Berücksichtigung in der Verfassung finden muss und ich bin daher der Auffassung, dass wir, auch was unseren Verhandlungsstatus bei den Finanzierungsfragen im Streit und in der Auseinandersetzung mit den anderen Gebietskörperschaften angeht, eine verfassungsrechtliche Sicherstellung haben soll, die uns ermöglicht, die Ausgaben, zu denen man uns Gesetzesweise verpflichtet, wenigstens mit Sicherheit

abzudecken, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Der Österreichkonvent hat in diesem Zusammenhang den einen oder anderen Ansatz geliefert, jedenfalls sind wir aber, wenn wir Finanzausgleich und Österreichkonvent zusammenfassen, weit von einer uns zufriedenstellenden Lösung entfernt. Ich möchte in dem Zusammenhang nur noch einmal auf diese für mich völlig verblüffende Zahl, erst als ich mich damit näher beschäftigt habe, wurde mir das bewusst, hinweisen, nämlich, dass wir pro Kopf Ertragsanteile wesentlich schlechter gestellt sind, als etwa die Städte Innsbruck, Salzburg oder Linz. Und das widerspricht meiner Auffassung nach eindeutig dem Gleichheitsgrundsatz. Der Finanzausgleich, und erlauben Sie mir diese Anmerkung noch, auch eine deutliche Besserstellung für die kleinen und Kleinstgemeinden gebracht durch den Wegfall des so genannten untersten Verteilers, bitte ersparen Sie mir, dass ich im Detail hier auf die Erklärung dieses Sachbegriffes eingehe, es bedeutet de facto, dass kleine Gemeinden deutlich besser gestellt werden als das in der Vergangenheit der Fall war und da ist jetzt eine ganz andere Frage zu stellen, und ich sage eines mit vielleicht leicht verhaltener Emotion: Ich will es mir nicht länger gefallen lassen, dass wir als Stadt Graz, als zweitgrößte Stadt von Österreich, als zentraler Wirtschaftsraum uns als Bittsteller fühlen müssen, wenn wir beim Land Steiermark um zusätzliche Gelder vorstellig werden, meine Damen und Herren. Und ich sage Ihnen jetzt auch deutlich warum, weil wir mehr einbringen in den Landestopf als wir tatsächlich zurückbekommen. Faktum ist, dass wir 44,5 Millionen Euro im kommenden Jahr an das Land Steiermark abzuliefern haben und wenn ich jetzt schon in unseren trauten Kreis hineinfragen würde, wie viel denken Sie, wie viel denkt ihr, bekommen wir zurück, dann würde wahrscheinlich kaum jemand die richtige Zahl nennen können, es sind nur 12 Millionen Euro. Das heißt, wir liefern einen Solidaritätsbeitrag an das Land Steiermark, das Land verteilt, das muss man fairerweise sagen, den allergrößten Teil dieser Mittel unter anderen Gemeinden, wir liefern also einen Solidaritätsbeitrag von mehr als 32 Millionen Euro ab. Würden wir das, und das sind Mittel, die uns im Finanzausgleich zugestanden werden, wohl gemerkt, das ist eigentlich ein Geld, das uns gehören sollte, würden wir diese Mittel behalten dürfen, dann würde das natürlich gleichzeitig schon einen wesentlichen weiteren Schritt in Richtung Konsolidierung unseres Haushaltes bedeuten. Wenn ich jetzt also zusammennehme die höheren Ertragsanteile etwa auf dem Niveau der Stadt Linz in der Größenordnung von 24 bis 25 Millionen Euro plus das Geld, das wir im Land abliefern, noch einmal 32 Millionen Euro, meine Damen und Herren, dann

kämen wir auf einen Betrag von knapp unter 60 Millionen Euro und wir wären von der Lösung unserer Finanzprobleme gar nicht mehr weit entfernt. Das sind Entscheidungen, die natürlich fallen könnten, es ist uns wohl allen klar, dass die politische Realität eine andere ist und dass wir noch lange darum kämpfen werden müssen, den Anteil, der den Grazerinnen und Grazern in Wirklichkeit gerechterweise zusteht, auch zu bekommen, aber es muss ein Teil der politischen Auseinandersetzungen meiner Auffassung nach im Interesse dieser Stadt auch sein, dass wir die Mittel, die uns zustehen, auch tatsächlich bekommen. Dann könnten wir uns vieles, was es an unsinnigen Einsparungen geben muss zum jetzigen Zeitpunkt, wohl ersparen, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Ich möchte einen, weil das kann ich mir beim besten Willen nicht ersparen, wenn ein Politiker sich plakatiert mit dem Untertitel oder Übertitel, ein Mann ein Wort, doch darauf hinweisen, dass es auch eine Reihe von Zahlungen gibt, die mit Brief und Siegel uns zugestanden wurden und die auch die Unterschrift des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl tragen, nämlich ein fixer Anteil an den so genannten Möst-Mitteln. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, und wir werden in geeigneter Form wohl zu reagieren haben, dass für das Jahr 2004 bis zum heutigen Tag diese Mittel nicht an uns geflossen sind. Manchmal wären wir ja schon froh, wenn allein das eingehalten würde, was schon längst unterschrieben und zugesagt ist, meine Damen und Herren. Und ich möchte einen weiteren Schritt machen. Ich möchte Ihnen sagen, was ein großer Fortschritt wäre. Im Übrigen weiß ich mich da in dieser Frage doch einer Meinung mit dem allergrößten Teil der Politikerinnen und Politiker der Stadt Graz, über Fraktionsgrenzen hinweg. Wir sollten uns nicht ausschließlich darauf verlassen, dass uns von außen geholfen wird, die Vergangenheit lehrt uns, dass diese Erwartungen, selbst, wenn sie sehr vorsichtig dimensioniert waren, in vielen Fällen überzogen waren und wir wieder darauf zurückgeworfen waren, unsere Probleme, die uns auch von außen herangetragen wurden, selbst zu lösen. Daher ein weiterer Ansatz, der einen Blick in die Zukunft geben wird. Ich bin der Auffassung, dass wir in einem stärkeren Ausmaß als das bisher der Fall war Maßnahmen zu setzen haben, die am Arbeitsmarkt sich positiv auswirken, und ich spreche hier ganz offen und unverblümt von einer Förderung, von einer Strukturierung, von einer strukturierten Förderung im Bereich der Industriearbeitsplätze. Meine Damen und Herren, wir haben und sollten dafür sorgen, dass Industrieansiedelungen in Graz nicht mit Schwierigkeiten verbunden sind, mit mehr Schwierigkeiten, als es unbedingt der Fall

ist. Die viel zitierte Verkürzung der Verfahren spielt eine große Rolle, auch das Entgegenkommen in Fragen der Verkehrsinfrastruktur, auch wenn es vielleicht in dem einen oder anderen Fall nicht unmittelbar ins Auge fällt, ist notwendig, um Investoren an Graz zu interessieren und ich sage ganz offen, jeder zusätzliche Arbeitsplatz sorgt nicht nur dafür, dass eine Familie ernährt werden kann, sorgt nicht nur dafür, dass Wohlstand steigt, sorgt nicht nur dafür, dass der Konsum in der Stadt steigt, sondern sorgt vor allem auch dafür, dass Menschen in Graz leben können und er sorgt dafür, dass die Einnahmenseite der Stadt Graz sich entsprechend verbessert. Die Kommunalsteuer, 3 % der Lohnsumme ist ein wesentlicher Einnahmefaktor in der Stadt Graz und daher sage ich ganz deutlich, Industriearbeitsplätze müssen in der Stadt Graz geschaffen und forciert werden und ich bin schon neugierig, wenn der Herr Landesrat Schöpfer aus China zurückkommt, ob er das eine oder andere auch im Paket für die Stadt Graz haben wird, ich würde mich sehr darüber freuen, wenn das gelingt (*Applaus SPÖ*).

Ich habe es vorhin schon angesprochen, dass wir im Bereich des Finanzausgleichs eigentlich mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht zufrieden sein können. Ich möchte bei der Gelegenheit auch dem Herrn Bürgermeister konzedieren, dass er mit allen möglichen Mitteln um eine Besserstellung für die Städte gekämpft hat, es ist nicht einfach, in einem Verhandlungsumfeld erfolgreich zu sein, in dem so viele unterschiedliche Interessen Berücksichtigung finden müssen. Wir sind auch wieder gebunden an einen neuen Stabilitätspakt und dieser Stabilitätspakt würde uns zusätzliche Schwierigkeiten insofern bringen, als es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, die Maastrichtkennzahlen über eine Periode von vier bis fünf Jahren, also über den Zeitraum des Finanzausgleichfaktums, selbst hinweg auszugleichen, sondern wir müssen jetzt zu jährlich ausgeglichenen Zahlen kommen, haben noch den Vorteil, dass wir die Ergebnisse abgleichen dürfen mit den anderen Gemeinden der Steiermark, aber auch das wird eine zusätzliche Hürde für einen Budgeterfolg werden, die nicht leicht zu nehmen sein wird, auch wenn es uns diesmal gelingt, und wir werden das dann in wenigen Augenblicken schon sehr, sehr deutlich sehen können, auch wenn es uns diesmal gelingen wird, doch einen guten Schritt in Richtung ausgeglichenes Maastrichtbudget mit dem Budgetvorschlag des Jahres 2005 zu machen. Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum Investitionsbudget sagen. Wir haben im kommenden Jahr mehr als 69 Millionen Euro an Investitionen vorgesehen, trotzdem ist es gelungen, jene Darlehen, die wir nicht

anderweitig bedecken können, die nicht etwa durch Zuzahlungen von Land oder Bund abgedeckt werden können, auf eine neue Untergrenze herunterzuschrauben. Wir bleiben mit den Darlehen, die wir selbst zu refinanzieren haben, bei einer Grenze von unter 30 Millionen Euro und da ist alles eingerechnet, schon die alten Projektgenehmigungen auch, das ist eine einmalige Zahl, meine Damen und Herren, und ich bin auf das Ergebnis dieser Verhandlungen doch besonders stolz, weil alle die schon einmal an Verhandlungen über das Investitionsbudget teilgenommen haben, all jene werden mir bestätigen, dass sind besonders harte und haarige Kämpfe ums Geld. Ich gebe zu, dass wir diese Zahl auch deshalb erreichen konnten, weil wir diesmal versuchen, die Effizienz in der AOG wesentlich zu erhöhen, in den vergangenen Jahren war es ja immer wieder so, dass die Umsetzungseffizienz der außerordentlichen Gebarung sich etwa bei 60 bis 70 % herum bewegt hat, das heißt also, es wurde nur ein Anteil von zirka zwei Drittel des Investitionsbudgets im Laufe eines Jahres tatsächlich ausgeschöpft. Wir haben daher eine Vereinbarung, die vor allem die Kollegin Monogioudis und den Kollegen Rüschi betrifft, vorbereitet, die vorsieht, dass wir versuchen, zirka zur Mitte des kommenden Jahres festzustellen, welche Projekte sind planmäßig unterwegs und aus jenen Projekten Mittel abzuschöpfen, von denen absehbar wird, dass sie im Laufe des Jahres zu keiner Umsetzung oder zu keiner vollständigen Umsetzung kommen, sollte das nicht gelingen, wird es allerdings im Laufe des Jahres 2005 im AOG-Budget einen Nachbedeckungsvorschlag geben, um die Hauptnotwendigkeiten auch tatsächlich umsetzen zu können und im Investitionsbudget auch einen deutlichen Wirtschaftsförderungsimpuls, das darf man nicht unterschätzen, abgeben zu können, meine Damen und Herren. Ein anderes Beispiel, wo ich denke, dass wir sinnvoll investieren werden, das ist in einem Bereich, der nur prima vista so was wie Grünraumpolitik betrifft, in Wirklichkeit aber zu einem sehr, sehr hohen Ausmaß sich darauf beziehen wird, dass wir so etwas wie eine Ausgleichsfläche für mögliche soziale Konfliktfelder schaffen oder aufrecht erhalten, das ist die Investition in die Anmietung von Parks, leider sind zwei oder drei wesentliche Parkflächen im Privateigentum, es ist uns bis jetzt nicht gelungen, diese Parkflächen anzukaufen, wir sind ständig darum bemüht, zu solchen Ankäufen zu kommen, das ist ganz konkret der Oeverseepark, der Kantpark, der Park in der Sandgasse, Flächen, die in Bereichen sich befinden, die unbedingt einen Grünraum, eine Grünraumunterstützung brauchen und wir werden auch in Zukunft diese sinnvolle

Investition, die immerhin einen Betrag von über 300.000,- Euro pro Jahr ausmacht, tätigen. Und, meine Damen und Herren, vielleicht mit einem kleinen Anklang an das gestrige Ergebnis der Volksbefragung, zum Thema Verkauf der Wohnungen. Ein Satz, ich habe vor der Volksbefragung und zwar anders als es vielleicht da oder dort getönt hat, deutlich und öffentlich gesagt, dass aus meiner Sicht eine optimale Verwaltung von Wohnungen anzustreben ist und daher zu überlegen ist, in welcher Form das geschehen kann, dass aber gleichzeitig nicht in Frage gestellt werden kann, aus Sicht der sozialdemokratischen Fraktion, nicht in Frage gestellt werden darf, dass die Wohnungen, dass der soziale Wohnbau, dass die Gemeindewohnungen nach den Kriterien des sozialen Wohnungsausgleiches vergeben werden, dass die Mieten aufrecht erhalten werden und daran lassen wir nicht rütteln, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Und ich sagen Ihnen auch, warum das so ist. Es waren sozialdemokratische Referentinnen und Referenten im Bereich des Wohnungsbaus, die die Gemeindewohnungen aufgebaut haben, es waren sozialdemokratische Referentinnen und Referenten, die darum gekämpft haben, dass es den sozialen Wohnbau gibt (*Applaus SPÖ*) und daher wird es auch die sozialdemokratische Fraktion sein, die dafür gerade steht und garantiert, dass es im Bereich des sozialen Wohnbaus und der sozialen Wohnraumverteilung keinen Sozialabbau geben wird, danke für diese Unterstützung, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Die Unterstützung bezieht sich auf die Meinungsäußerung..

Bgm. Mag. **Nagl**: Entschuldigung, Herr Finanzstadtrat, dass ich dich kurz unterbreche, ich ersuche aber die Personen, die hier auf der Galerie sind, jetzt sich nach dem Statut und der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Graz zu verhalten, es ist leider nicht möglich, dass Sie hier auf der Galerie Spruchbänder oder auch, so wie Sie es jetzt tun, durch einzelne Taferln Botschaften uns mitteilen. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren und auch wieder herauszunehmen und herunterwerfen schon gar nicht, meine Damen und Herren. Anscheinend ist es doch wieder notwendig, dass wir die Kontrollen so durchführen, dass das nicht mehr möglich ist, es tut mir wirklich Leid, meine Damen und Herren aus dem Gemeinderat, dass Sie sich da von oben bewerfen lassen müssen, ich bitte sehr, den Gemeinderatssaal jetzt zu verlassen.

Dr. **Riedler**: Meine Damen und Herren, wenn Sie das Budget genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass dieses Budget ein Budget ist, das keinen Sozialabbau zulässt, sondern das in Wirklichkeit eine Garantie (*Applaus SPÖ*) für die soziale Stadt Graz darstellt, daher kann ich diese Aufforderung nur mit gewissem Wohlwollen betrachten, auch wenn der Herr Bürgermeister zu Recht sagt, dass das Statut natürlich anderes vorsieht oder zumindest dieses hier nicht vorgesehen hat.

Meine Damen und Herren, wir werden auch in den kommenden Jahren uns nicht davon befreien können, die Aufgabenkritik weiter mit großer Konsequenz zu verfolgen. Meine Damen und Herren, es wird uns auch in den kommenden Jahren nicht erspart bleiben, Entscheidungen darüber zu treffen, wo und wie wir sinnvoll unserem Auftrag nach einem ausgeglichenen, finanzierbaren Budget nachkommen können. Meine Damen und Herren, auch die kommenden Jahre werden kein Zuckerschlecken sein. Dass es uns heuer gelungen ist, für das kommende Jahr Einsparungen in der Größenordnung von 45 Millionen Euro, meine Damen und Herren, 46 Millionen Euro in der Ordentlichen Gebarung zustande zu bringen, sollte uns aber Mut geben, dass auch die nächsten Jahre hier einiges gelingen wird. Ich glaube, wir werden es schaffen, in einem verantwortungsvollen Umgang, in einem Diskurs über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer kulturpolitisch orientierten, einer sozial gerechten, einer umweltorientierten Stadt entsprechende Budgets zustande zu bringen. Und ich möchte jetzt als letzten Hinweis noch auf den neu eingerichteten und von mir vorgeschlagenen Feinstaub-Fonds zu sprechen kommen, weil ich da gehört habe, da wird die Energie-Graz-Rücklage aufgelöst und in Wirklichkeit erkaufte man sich das mit 20 Millionen Euro, das ist, meine Damen und Herren, ein massives Missverständnis. Faktum ist, dass die EGG-Rücklage nicht angetastet werden durfte nach den bis heute geltenden Gemeinderatsbeschlüssen. Faktum ist aber auch, dass nur die Zinserträge aufgewandt werden hätten dürfen, um Maßnahmen in einer Fülle umzusetzen, die gleichzeitig bedeutet hätten, dass wir vieles von dem, was wir eigentlich dringend brauchen, in den nächsten Jahren nicht machen könnten. Ich sage nur einmal, aus den Zinserträgen der EGG Rücklage hätte errichtet werden sollen die Straßenbahnlinie 4, die Straßenbahnlinie 6, der Ausbau des HL-Streckennetzes mit allen Unterführungen, die Sanierung der Freizeitbetriebe und der Neuaufbau und die Neuerrichtung des Schloßbergrestaurants. Also jeder, der rechnen kann, kann sich vorstellen, wie lange das dauern wird und jede könnte es genauso nachvollziehen, wie lange es dauern

wird, oder dauern würde, um aus diesen Zinserträgen, die hier angesprochen sind, all diese Maßnahmen umzusetzen. Wir haben uns bereits verabschiedet und zwar mit den Projektgenehmigungen über den Ausbau der HL-Strecken. Wir haben mittlerweile eine Finanzierung für die Straßenbahnlinie 4 beschlossen und wir werden im kommenden Jahr unter Rückgriff auf die Mittel, die sich aus dem Feinstaubfonds ergeben, auch das Projekt Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 angehen (*Applaus SPÖ*). Und ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass es nicht leicht fällt, wenn man so schwierige finanzpolitische Entscheidungen zu treffen hat, zu sagen, wir werden trotzdem das noch machen, weil das natürlich gleichzeitig bedeutet, wir engen unseren finanztechnischen Spielraum ganz gewaltig ein. Wir werden im kommenden Jahr eine Liegenschaft ankaufen in der Größenordnung von, wenn natürlich die Gremien die Zustimmung erteilen, aber davon gehe ich im Moment aus, in der Größenordnung von mehr als 9.000 m² zur Errichtung eines weiteren Übertragungswohnbaus, es wird 80 neue Wohnungen geben, in die Gemeindegewohnerinnen und Gemeindegewohner zu günstigsten Bedingungen eingewiesen werden können. Es gibt keinen Stillstand in dieser Stadt, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*) und alle, die das Gegenteil behaupten, sind herzlich aufgefordert, ihre Behauptung auch entsprechend zu belegen. Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal zurück auf den Feinstaubfonds, der Feinstaubfonds, glaube ich, gibt uns jetzt den Spielraum, der dringend notwendig ist und zwar über das bisher Mögliche hinaus, der dringend notwendig ist, um Feinstaubmaßnahmen zu setzen, es wird nicht allein bei der Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 bleiben können, wir werden weitere Maßnahmen setzen müssen und weil immer wieder die ganz tollen Rechner mir vorgerechnet haben, der Feinstaubfonds reicht ja nicht einmal aus, um die Straßenbahnlinie 6 zu verlängern, dann muss man natürlich sagen, das ist ein Kofinanzierungsfonds, wir werden uns weiter darum bemühen, Mittel von Bund und Land zu bekommen auch für die Straßenbahnverlängerungen, so wie es in anderen Landeshauptstädten gelungen ist, und wir werden auch eine Mischfinanzierung vornehmen müssen bei den großen Projekten, die eine Finanzierung teilweise über Kreditaufnahmen in der AOG und eine Finanzierung über den Feinstaubfonds zur Grundlage haben werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie jetzt noch auf einige Neuerungen mit dem heurigen Budgetbeschluss hinweisen und möchte dann zur Haushaltsanalyse

kommen, die sehr deutlich zeigt, wie wir uns budgetmäßig entwickeln werden. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass es erstmals bei den Beschlussabstimmungen möglich sein wird, zu Einzelressorts die Stimme abzugeben. Also dafür oder dagegen zu stimmen, was es ermöglichen soll, zu einer deutlicheren Trennung zwischen den einzelnen Bereichen zu kommen, nicht die Abstimmung nach einzelnen Budgetgruppen wird dann das Maß der Dinge sein, sondern die Abstimmung über die ressortverantwortlichen Budgets, wie sie auf Grund der Geschäftsverteilung in der Stadtregierung darzustellen sind. Der zweite Punkt, auch im kommenden Jahr wird aus den von mir bereits genannten Gründen die 15%-Sperrre aufrecht zu erhalten sein, wenn es einigermaßen gut geht mit der Einnahmenseite und wir nicht wieder falschen Erwartungsprognosen seitens des Finanzministeriums aufgesessen sind, dann werden wir die 15%-Sperrre wahrscheinlich im Großen und Ganzen nicht brauchen, aber das lässt sich erst einigermaßen mit Sicherheit wohl Mitte des Jahres feststellen. Bis dahin möchte ich die 15%-Sperrre nur in absoluten Ausnahmefällen anrühren. Ich möchte Sie auch noch auf die Erinnerungen, die eingegangen sind, aufmerksam machen vor der Analyse. Es hat insgesamt nach meinem jetzigen Wissensstand sechs Erinnerungen gegeben von denen sich fünf mit dem Thema Straßenbahnlinie 6 beschäftigt haben und dem Gemeinderat nahe legen, dass die Straßenbahnlinie 6 eine entsprechende budgetäre Bedeckung erfahren soll. Das ist meiner Auffassung nach über den Umweg des Feinstaubfonds auch tatsächlich gegeben, unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Beschlüsse auch vom Gemeinderat gefasst werden sollten. Ich habe um die Erinnerungen nicht im Einzelfall vortragen zu müssen, das würde doch recht lange dauern, den Klubs schriftlich die Abschriften dieser Erinnerungsposten zur Verfügung gestellt. Es hat noch einen Nachtrag, der erst heute eingegangen ist, zu den Erinnerungen zum Budget gegeben, der abgegeben wurde von der ARGE Luft/Lärm mit einer Reihe von Vorschlägen, wie man aus Sicht der ARGE Luft/Lärm zu Einsparungen kommen könnte. Die Vorschläge möchte ich Ihnen hier kurz vortragen: Um Berücksichtigung folgender Vorschläge wird ersucht: 1.) die Streichung der direkten und indirekten Tiefgaragenförderungen, stärkere Reduzierung der Ausgaben für Gemeindestraßen, Streichung von Ausgaben für neue Straßenbauten, Begleitstraßen etc., keine weitere Gürtelplanungen und A2Z-Verlängerungen. Und dann steht noch vieles andere mehr, aber das ist natürlich jetzt sehr schwer zu sagen, weil es eben hier nicht weiter ausgeführt wurde. Anstelle

dieser Investitionen sollten Errichtung der Innenstadtentflechtung und anderer Straßenbahnprojekte mit hoher Priorität vorangetrieben werden, massive Ausdehnung der blauen Zonen bis an den Stadtrand wird vorgeschlagen, die Einführung von ÖV-Kombitarifen, Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einhebung einer Verkehrsanschlussabgabe sowie Nutzung des Feinstaubfonds für PM10-wirksame Projekte. Aus meiner Sicht wird bei aufmerksamem Studium des Budgets der eine oder andere Vorschlag sich schon in den Budgetmaßnahmen finden. Eine Bedeckung der Finanzierungslücke ergibt sich aus den Vorschlägen nach meiner Einschätzung allerdings in dieser Form zumindest nicht.

Ich komme jetzt zu einem Punkt, der Sie wahrscheinlich mit einer gewissen Spannung erfüllen wird, ich wünsche es mir zumindest so. Wir kommen zur Darstellung des Budgets in Form der Power-Point-Präsentation und ich ersuche, dass wir zur ersten Folie kommen. Wie Sie wahrscheinlich von mir erwartet haben die Ausgangslage vor der Umsetzung der Aufgabenkritik war entsprechend bedenklich und schwierig, wir haben hier für das Jahr 2005 bereits eine prognostizierte Finanzierungslücke in der Größenordnung von 120 Millionen Euro vorgesehen. Im Jahr 2006 bereits kratzen wir an der 150-Millionen-Euro-Grenze und im Jahr 2007 eine abermalige Steigerung, die uns bereits in die Nähe der 160 Millionen Euro bringen würde. Die Dramatik dieser Entwicklung brauche ich nicht weiter zu betonen. So wie sie bis vor kurzem bestanden hat, die erste Phase der Aufgabenkritik hat eine deutliche Verbesserung gebracht, die sich hier wie folgt darstellt: Die Linie rot dargestellt ergibt also die Entwicklung vor den Maßnahmen der Aufgabenkritik und nach der Aufgabenkritik, und das ist der Grund, warum ich von einer Trendwende gesprochen habe, zeigt, dass wir uns noch immer weit im Minus befinden, aber wir einen Knick sehen genau im Jahr 2004 mit dem Voranschlag 2004. Es ist also eine klar erkennbare Wende zum Besseren gegeben und das ist der Grund, warum ich davon spreche, dass dieses Budget das wichtigste Budget dieser Gemeinderatsperiode sein wird. Wir haben dann noch einmal eine Darstellung, wie sich das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen darstellt und wie wir hier vor der Aufgabenkritik und nach der Aufgabenkritik liegen, konkret beim Deckungsgrad der fortdauernden Gebarungen der ordentlichen Gebarung. Man sieht also, dass wir nach der ersten Phase der Aufgabenkritik nunmehr einen Fehlbetrag von nur mehr 12,13 % hier haben, davor waren es immerhin 17,88 %,

also auch in der relativen Darstellung zeigt sich deutlich, dass wir Fortschritte im Zusammenhang mit der Aufgabenkritik hier verbuchen können. Ich möchte Ihnen noch einmal kurz darstellen, welche negativen Effekte sich auf den Voranschlag 2005 hier auswirken. Wir haben Ertragsanteilverluste, das ist also so zu verstehen, dass das also negative Entwicklungen sind, das heißt also Verluste im Verhältnis zu unserer Situation vor einem Jahr darstellen, wir verlieren also bei den Ertragsanteilen 11,5 Millionen Euro, wir verlieren bei den Gemeindeabgaben 2,4 Millionen Euro, Personal und Pensionen sind hier noch mit sechs Millionen Euro taxiert, allerdings nach den heute beschlossenen Maßnahmen im Personalpaket/Aufgabenkritik hat sich diese Zahl um mehr als 4 Millionen Euro verbessert. Mieten und die Mieten sind in Wirklichkeit ein Finanzierungsfaktor der Stadt Graz, Sie wissen, wir müssen auf Grund der gesetzlichen Rahmenbedingungen Liegenschaften verkaufen, um über diesem Umweg Kredite aufzunehmen, wir verkaufen sie an unsere eigenen hundertprozentige Tochtergesellschaft, die darf Kredite aufnehmen, wir zahlen diese Kredite im Umweg über Mieten wieder zurück und diese Mietzahlungen werden auch im kommenden Jahr sich entsprechend verteuern. Eine Vorsorge, nachdem sich der Kapitalmarkt und der Finanzierungsmarkt unsicher entwickeln, für Zinssteigerungen in der Größenordnung von zwei Millionen Euro wurde ebenfalls getroffen. Und wir haben eine Reihe von weiteren vertraglichen Anpassungen im Pflichtleistungsbereich zu verkraften. Man sieht also allein aus diesem Paket, dass die Belastungen, die zusätzlichen Belastungen wohlgermerkt entsprechende Schwierigkeiten für unsere Finanzierungssituation darstellen.

Ich möchte jetzt in der nächsten Folie Ihnen zeigen, wie sich unsere Budgetvolumina entwickelt haben und Sie sehen hier, dass wir AOG und Ordentliche Gebarung zusammengenommen ein schrumpfendes Budget vor uns haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings einen Hinweis machen, der diese an und für sich positive Entwicklung mit einer gewissen Vorsicht genießen lässt. Wir haben aus Gründen der Budgettechnik und der klareren Budgetdarstellung im Bereich der Eigenbetriebe eine Systemumstellung vorgenommen, die dazu führt, dass wir nicht mehr Einnahmen und Ausgaben aus diesen Bereichen darstellen, sondern eine so genannten Nettobudgetierung vornehmen, was bedeutet, dass wir de facto im Budget nur mehr die Zuschüsse darstellen, das ist durchaus sinnvoll, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier doch um einen gewaltigen Brocken in der Größenordnung von zirka 25 Millionen Euro handelt, um den sich unser

Budgetvolumen insgesamt reduziert. Auch wenn ich diese 25 Millionen Euro allerdings einrechne, haben wir es mit einem zwar nur mehr geringfügig, aber doch sinkenden Budgetgesamtvolumen zu tun und das, obwohl die außerordentliche Gebarung im Verhältnis zum Vorjahr doch um einige Millionen gestiegen ist. Man sieht also auch in diesem Bereich deutlich die Erfolge und die Auswirkungen der aufgabenkritischen Maßnahmen, meine Damen und Herren.

Die nächste Folie freut mich besonders, sie zeigt, dass wir im Bereich des Maastrichtergebnisses für das kommende Jahr nahezu zu einem ausgeglichenen Ergebnis kommen können, wir werden in der Größenordnung von zirka 600.000,- Euro ein Maastrichtdefizit zu erwarten haben, das ist allerdings für eine Gebietskörperschaft dieser Größenordnung österreichweit nahezu ein einmaliges Ergebnis. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass wir hier tatsächlich ein sehr gutes Ergebnis vor uns haben, das sich vor allem daraus ergibt, dass die Liegenschaftsübertragungen an die GBG sich maastrichtpositiv für uns auswirken. Es bedeutet gleichzeitig, dass wir uns, und Sie werden es später noch sehen, im Rücklagenstand um einige Millionen Euro verbessern können, wir können also unsere Sparbücher auffüllen, wir müssen uns sehr genau überlegen, wie wir diese Mittel dann aber einzusetzen haben, um nicht gleichzeitig wieder eine Maastrichtbelastung zustande zu bringen. Absurderweise ist es ja, Sie wissen das, so, dass eine Sparbuchauflösung de facto sich maastrichtschädlich auswirkt, das ist nicht unbedingt ein erstrebenswerter Zustand.

Der Schuldenstand, meine Damen und Herren, auf der kommenden Folie stellt sich maastrichtschuldenmäßig und mit maastrichtunwirksamen Darlehen auch deutlich verbessert da, auch das allerdings bezieht sich in erster Linie darauf, dass wir mit der Nettobudgetierung in den Eigenbetrieben diese Schulden auch dort zuzuordnen haben und sich daher der Schuldenstand formal zwar reduziert, die Ingesamtverschuldung allerdings und wir sollten da nicht mit falschen Daten operieren und falsche Hoffnungen erwecken, sich natürlich nicht reduzieren konnte, solange wir mit negativen Ergebnissen in der OG zu kämpfen zu haben. Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich auch unter diesen Parametern entsprechend verbessert. Die Entwicklung der wichtigsten Einnahmen zeigt noch einmal sehr deutlich unsere große Achillesferse nämlich, dass wir bei unseren Haupteinnahmen, nämlich bei den Ertragsanteilen und bei den eigenen Steuern, die in erster Linie ja die Kommunalsteuer betrifft, tatsächlich auf einem sehr, sehr niedrigen Niveau, nahezu

stabil bleiben, sogar Einnahmen verloren haben, was nichts anderes bedeutet, als dass wir uns ungefähr auf dem Einnahmenniveau bei den Ertragsanteilen etwa des Jahres 1999 bewegen, das muss man dazusagen, ohne Inflationsbegleichung oder ohne Inflationsabgleich in Wirklichkeit ein Wahnsinn, man sollte kein anderes Wort verwenden, es bedeutet nämlich, dass wir zwar im Personalbereich, im Sozialbereich, im Jugendwohlfahrtsbereich, in vielen anderen Pflichtleistungsbereichen steigende Ausgaben haben und auf der anderen Seite die Einnahmen in Wirklichkeit sinken. Diese Entwicklung ist auch gegenüber den anderen Gebietskörperschaften immer wieder zu betonen und in dieser Form, ich habe es schon deutlich gesagt, nicht hinzunehmen.

Die nächste Folie zeigt dann die wesentlichen ordentlichen Ausgaben und Einnahmen. Auch hier zeigt sich noch einmal deutlich, dass wir zu Veränderungen gekommen sind, dass uns insgesamt bei den wesentlichen Ausgaben tatsächlich eine deutliche Reduzierung von mehr als 420 Millionen im heurigen Jahr zu prognostizierten 379,35 Millionen Euro gelungen ist. Auch das zeigt, wie sehr wir hier um unsere Sache gekämpft haben und ich möchte Sie darauf hinweisen, dass auch in sehr, sehr schwierigen Pflichtleistungsbereichen wir hier zu wesentlichen Verbesserungen gekommen sind, wie zum Beispiel im Sozialhilfegesetz oder im Jugendwohlfahrtsgesetz das der Fall ist. Die Summe der wesentlichen Ausgaben im Prozent der Einnahmen aus Ertragsanteilen und Gemeindeabgaben, auch das ist eine Kennzahl, die Sie in der Haushaltsanalyse sehr deutlich dargestellt wiederfinden werden, zeigt auch hier, dass wir uns zwar verbessert haben, und das ist ein Trend, der besonders wichtig ist, auch als Parameter für die positive Entwicklung des Budgets, trotzdem muss man darauf hinweisen, dass wir nach wie vor bei den wesentlichen Ausgaben um mehr als 21 %, oder man kann auch sagen fast 22 %, über den Einnahmen, über den wesentlichen Einnahmen liegen. Auch hier zeigt sich die Dramatik der Budgetsituation natürlich auch weiterhin. Die besonders kritische Zahl freie Finanzspitze zeigt, dass wir eine negative freie Finanzspitze nach wie vor haben und ich lege großen Wert darauf, dass wir die Darstellung so zeigen, wie sie tatsächlich ist, nämlich wir haben ja für das Jahr 2004 und 2005 mit den Banken eine so genannte Tilgungsfreistellung vereinbart für alle jene Kredite, die besonders günstig verzinst waren. Wir haben die Zinsen weiter zurückgezahlt und wir haben jene Darlehen getilgt, die besonders teuer waren, die Mitte der 90er-Jahre abgeschlossen wurden und als Fixzinsvereinbarungen getroffen waren, da können

wir nur froh sein, dass wir die so schnell wie möglich loswerden können. Ich habe sogar versucht, mit den Banken zu verhandeln, dass wir zu einer vorzeitigen Tilgung bei diesen teuren Darlehen kommen, eine entsprechende Vereinbarung ist leider deshalb nicht gelungen, weil dann die zukünftigen Zinserträge auch zu finanzieren gewesen wären und wir wären beim gleichen Ergebnis gewesen, als wenn wir das jetzt laufend weiter zurückzahlen diese Darlehen. Wir sind bei der Finanzspitze, also dem Bereich, aus dem wir frei finanzieren könnten und Projekte umsetzen könnten, nach wie vor deutlich im Minus und im kommenden Jahr wird unter der Voraussetzung, oder im Jahr 2006 wird unter der Voraussetzung, dass eine Tilgungsfreistellung nicht mehr erfolgen sollte oder erfolgen wird, diese Zahl sich also deutlich auch wieder in den Bereich der roten Linie hinbewegen, meine Damen und Herren.

Ich möchte Ihnen noch einmal deutlich zeigen, dass es in der AOG 2005 keinen Stillstand geben wird, auch deshalb, weil ich glaube, dass wir den Blick für die realistische politische Umsetzung wichtiger Projekte nicht verlieren sollten. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 wird im nächsten Jahr unter der Voraussetzung der Zustimmung des Gemeinderates ermöglicht sein. Die Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 ist bereits mit einem Projektbeschluss versehen und wird im kommenden Jahr eine entsprechende Finanzierungsbasis haben. Das Projekt HL-AG inklusive Verlängerung der Straßenbahnlinie 5 mit dem Nahverkehrsknoten Puntigam ist in der AOG vorgesehen. Das Klärwerk, 2. Bauabschnitt, mit einem Betrag von 17,9 Millionen Euro, meine Damen und Herren, man muss sich die Beträge einmal vorstellen, wird weiter umgesetzt werden und die Sanierung der städtischen Wohnhäuser wird auch im kommenden Jahr umgesetzt werden, selbstverständlich (*Applaus SPÖ*), und es wird ein Betrag von 5,2 Millionen Euro im kommenden Budget vorgesehen sein. Der Verschuldungsgrad ist nach wie vor in einer Größenordnung, die nicht unbedingt erfreulich ist, aber es ist doch gelungen, inklusive Leasing und Nettoschuldendienst in einer Größenordnung von 13,29 Millionen Euro zu bleiben, inklusive der weiteren Tilgung würden wir uns allerdings wieder in einem Bereich von über 20 % bewegen, wir haben danach zu trachten, diese Kurve nicht weiter steigen zu lassen. Ich sage das als ganz deutliches Ziel, für die kommenden Budgetjahre, das ist unbedingt notwendig und wichtig, auch deshalb, weil es mir wichtig ist, dass wir gegenüber unseren Darlehensgebern ein

klares Signal abgeben können, dass wir mit unserer Haushaltspolitik als erstklassiger Schuldner weiterhin glaubwürdig bleiben können.

Ich möchte Ihnen noch ganz kurz die Finanzierung der Ordentlichen Gebarung in Form einer Tortengrafik zeigen. Die Tortengrafik zeigt natürlich deutlich, dass vor allem im Bereich der Ertragsanteile mit etwa 26 % und der Gemeindeabgaben mit 19 %, also knappen 20 %, unsere Haupteinlagen, Haupterträge liegen werden. Die Finanzierung der Außerordentlichen Gebarung ist großteils im kommenden Jahr natürlich wieder über Darlehen durchzuführen, wobei allerdings ein großer Anteil dieser Darlehen, ein erkennbar großer Anteil dieser Darlehen, über Refinanzierungen abgesichert ist. Entweder über Erträge, die die Mieter, zum Beispiel bei den Wohnhaussanierungen selbst über §-18-Verfahren zu leisten haben, auch über Einnahmen, die wir etwa im Kanalbereich im laufenden Jahr haben werden. Der Gesamtrücklagenstand wird sich im kommenden Jahr, und auch das ist eine erfreuliche Zahl, wieder gegen 150 Millionen Euro bewegen, was bedeutet, dass der Spielraum, meine Damen und Herren, für unsere Budgets und unsere Investitionen sich deutlich verbessern wird. Auch das ist für mich sehr, sehr wichtig, weil wir nicht wissen, wie sich die Wirtschaftslage und das Zinsszenario im kommenden Jahr entwickeln wird, wir müssen und sollen daher den Spielraum erhalten, dass wir in einer sinnvollen Art und Weise unseren Sanierungskurs weiter vorangehen können, dazu ist es notwendig, die Rücklagen auch sehr, sehr vorsichtig zu behandeln und in diesem Jahr den Rücklagenstand auch entsprechend zu erhöhen. Die konkrete Darstellung der Rücklagen finden Sie ebenfalls im Bereich dieser Grafik.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich kann heute nach vielen Verhandlungsstunden in der Stadtregierung mit den Vorsitzenden der Gemeinderatsklubs, mit Beamtinnen und Beamten, aber auch mit Bürgerinitiativen und Bürgerinnen und Bürgergruppen außerhalb der Politik ein Budget vorlegen, das die Ernsthaftigkeit unserer Sanierungsfragen nicht unterschätzt und das doch einen deutlichen und erkennbaren Schritt in die richtige Richtung bedeutet. Ich möchte Sie ganz, ganz herzlich ersuchen, ganz gleich mit welchem kritischen oder mehr oder weniger kritischen Ansatz Sie diesen Budgetansatz verfolgen mögen, uns die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen abzunehmen, zu glauben und ich möchte Sie alle ersuchen und auffordern, diesen wichtigen Sanierungsprozess weiterhin gut und positiv zu begleiten, damit wir in wenigen Jahren sagen können, wir haben eine schwierige Phase hinter uns gebracht, aber wir haben sie hinter uns gebracht und wir

haben den Spielraum, den die Politik in Graz dringend notwendig hat, wieder hergestellt. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ und ÖVP*).

Zu Punkt 13:

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorstehenden Informationsbericht betreffend „Haushaltsanalyse 2005“ zur Kenntnis nehmen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bedanke mich bei unserem Finanzstadtrat für die Haushaltsanalyse und den ersten Bericht für den Voranschlag 2005. Meine Damen und Herren, es liegen mir jetzt für den weiteren Ablauf der Gemeinderatssitzung folgende Wortmeldungen vor. Jetzt nach dem Finanzstadtrat sind vorgesehen die Generalredner, hier in der Reihenfolge der Größenordnung der Klubs, ÖVP: Frau Gemeinderätin Mag. Fluch, dann für die SPÖ Gemeinderat Zenz, für die KPÖ Gemeinderat Schmalhardt, für die Grünen die Frau Gemeinderätin Rücker, für die FPÖ die Frau Gemeinderätin Mag. Dr. Sickl und danach der Herr Gemeinderat Khull-Kholwald. Im Anschluss daran werden wir zu den Debattenrednern kommen, wiederum in der Reihenfolge der Fraktionen Herr Gemeinderat Mag. Frölich, Frau Gemeinderätin Warmuth, Gemeinderat Mag. Taberhofer, Gemeinderätin Binder und Gemeinderätin Mag. Uray-Frick. Danach die Stadtsenatsreferenten in der Reihenfolge Dr. Buchmann, Stadtrat Eiselsberg, Stadträtin Kaltenbeck-Michl, Stadtrat Kaltenegger, Stadträtin Monogioudis, Stadtrat Dipl.-Ing. Rüscher, Bürgermeisterstellvertreter Ferk, dann meine Wenigkeit und dann wäre das Schlusswort unseres Finanzreferenten. Abgestimmt über den Voranschlag wird heute in einer anderen Gruppensitzung, wir haben das diesmal gebündelt nach Stadtsenatsreferenten. Vorgesehen war, dass wir zirka um ein Uhr eine Pause machen, bevor wir aber jetzt mit einer Rednerin beginnen, schlage ich jetzt vor, dass wir jetzt sofort unterbrechen und dass wir dann um 14.00 Uhr den Gemeinderat wieder fortsetzen und dass Sie in der Zwischenzeit die Mittagspause nutzen. Bedanke mich, Gemeinderat ist unterbrochen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 12.35 bis 14.10 Uhr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder die Plätze einzunehmen, wir haben heute noch einiges vor sowohl in der Gemeinderatssitzung als auch danach. Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, meine sehr verehrten Damen und Herren der Beamtenschaft! Vorweg möchte ich mich ganz, ganz herzlich bedanken. Es ist schon Tradition geworden, während der Budgetgemeinderatssitzung gibt es eine Stärkung. Auf die Idee gekommen ist der ehemalige Gemeinderat Fauster, der diese Tradition begründet hat, die Spende, initiiert wieder durch Herrn Linhardt vom Veterinäramt, stammt vom Grazer und vom Steirischen Bauernbund und ich darf namens des Bauernbundes alles Gute auch jetzt für die Weihnachtstage ausrichten und es mögen alle gesund bleiben und deswegen kriegen wir diese Ration Obst (*allgemeiner Applaus*). Meine geschätzten Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Generalrednern.